



DER KONGRESS DER GEMEINDEN UND
REGIONEN
DES EUROPARATES

TÄTIGKEITSBERICHT

Mitteilung des Generalsekretärs
des Kongresses

anlässlich der 1154. Sitzung der Stellvertreter der
Minister (April 2012-November 2012)

CG(23)19



CG(23)19

14. November 2012

Tätigkeitsbericht des Kongresses

Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses anlässlich der 1154. Sitzung der Stellvertreter der Minister (April 2012-November 2012)

EINLEITUNG

Seit der letzten Mitteilung an die Stellvertreter im Mai 2012 hat der Kongress die Umsetzung seiner Prioritäten im Hinblick auf die Förderung und Stärkung der kommunalen und regionalen Demokratie, die Ausweitung des politischen und institutionellen Dialogs und die Entwicklung der Zusammenarbeit und Partnerschaften fortgeführt.

Im Rahmen seines Monitoring bezüglich der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten hat der Kongress Empfehlungen über die kommunale und regionale Demokratie in der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ und in Aserbaidschan angenommen und Besuche in sechs Staaten durchgeführt, i.e. Ukraine, Ungarn, Spanien, Georgien, Dänemark und Irland. Er hat die Kommunalwahlen in Serbien, Armenien und Bosnien-Herzegowina beobachtet. Er war aktiv am Aktionsplan des Europarats für die Ukraine und an der Entwicklung eines Aktionsplans für Armenien beteiligt. Er hat sein Kooperationsprogramm mit Albanien ausgebaut; das Projekt wird Ende 2012 mit finanzieller Hilfe der Schweiz starten. Er hat sich auch am Aktionsplan für Marokko und Tunesien im Rahmen der Politik des Europarats im Hinblick auf Nachbarregionen beteiligt. Des Weiteren hat er das Projekt der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma entwickelt und einen Pakt der Städte und Regionen gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder im Kontext der ONE in FIVE-Kampagne angenommen.

Das Ziel des Kongresses ist sicherzustellen, dass diesen Aktivitäten konkrete Maßnahmen vor Ort folgen. Zu diesem Zweck erarbeitet er weiterhin Post-Monitoring-Aktivitäten und baut die Kooperation mit seinen Partnern aus.

Der Kongress hat seine eigene politische und strukturelle Reform in den weiteren Kontext der Reform des Europarats gestellt. Dieser Reformprozess basiert auf der laufenden Beurteilung der Folgen seiner Empfehlungen und des konkreten Mehrwerts, den seine Aktivitäten auf das Leben der Gemeinden haben, die er repräsentiert. Dieser Prozess hat dem Kongress ermöglicht, sich als aktiver und zielstrebig Partner innerhalb der Organisation und im Hinblick auf die Mitgliedstaaten zu positionieren.

Die neue Präsidentschaft des Kongresses, die im Oktober 2012 gewählt wurde, hat diese Ausrichtung bestätigt. In seiner ersten Rede auf der 23. Sitzung hat der neu gewählte Präsident, Herwig Van Staa, seinen Entschluss bekräftigt, die Prioritäten 2013-2016, die auf derselben Sitzung angenommen wurden, zu implementieren, um die Qualität der Demokratie und der Menschenrechte auf kommunaler und regionaler Ebene zu verbessern und den Gemeinden zu helfen, ihre Pflichten gegenüber ihren Bürgern zu erfüllen, insbesondere in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	5
1. Die politische Agenda des Kongresses	9
2. Zusammenarbeit innerhalb des Europarats	12
a. Der zwischenstaatliche Sektor	13
b. Die Parlamentarische Versammlung	13
c. Der Menschenrechtskommissar	14
d. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)	14
e. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission)...	14
f. INGO-Konferenz des Europarats	15
3. Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie	15
a. Monitoring	15
b. Beobachtung von Lokal- und Regionalwahlen	18
4. Institutionelle Aktivitäten	19
a. Präsidiumssitzungen	19
b. Plenarsitzungen	20
c. Das Statutarische Forum	21
d. Die Kammer der Gemeinden	22
e. Die Kammer der Regionen	22
f. Die Ausschüsse	23
5. Themenspezifische Aktivitäten	25
a. Eingliederung der Roma	25
b. Unterstützung des demokratischen Prozesses in der Region Europa-Mittelmeer.....	26
c. Präsentation guter Praxisbeispiele	26
d. Bürgerpartizipation: Europäische Woche der lokalen Demokratie	26
e. Interkultureller Dialog	27
f. Gleichstellung von Mann und Frau	27
g. Rechte des Kindes	28
6. Kooperationsmaßnahmen und Partnerschaften	28
a. Externe Partnerschaften	28
b. Länderspezifische Kooperation und Partnerschaften	30
ANHÄNGE	33

1. Die politische Agenda des Kongresses

- **Konferenz über die europäische Bürgerinitiative** (Salzburg, 3.-4. Mai 2012)

Der Generalsekretär des Kongresses nahm an der ersten Konferenz über europäische Demokratie teil (EUDEM). Vertreter des Ausschusses der Regionen, des Wirtschafts- und Sozialrats der EU, Forscher und Vertreter der Zivilgesellschaft trafen sich für eine erste interdisziplinäre Konferenz, um die Auswirkungen des neuen Instruments der Bürgerinitiativen zu diskutieren, das im Lissabon-Vertrag vorgesehen ist.

- **Mitteilung an die Stellvertreter der Minister** (Straßburg, 9. Mai 2012)

Der Generalsekretär des Kongresses wandte sich im Rahmen des institutionellen Dialogs an die Stellvertreter der Minister und präsentierte eine schriftliche Kommunikation (CG(22)20). Er betonte das effizientere und Umsetzung-orientierte Monitoring der kommunalen und regionalen Demokratie in den Mitgliedstaaten in Folge der neusten Reform des Kongresses, die Monitoring-Berichte und die Empfehlungen, die nun Ausgangspunkt der nach dem Monitoring vom Kongress durchgeführten Kooperationsmaßnahmen sind. Dies erfolgt bilateral und mit den Beiträgen des Kongresses zu den Kooperationsprogrammen des Europarats, insbesondere im Hinblick auf Albanien, die Ukraine, Roma-Fragen und Projekten in Marokko und Tunesien.

- **122. Ministerielle Tagung des Ministerkomitees** (Straßburg, 23. Mai 2012)

Der Kongresspräsident Keith Whitmore stellte die Mitwirkung des Kongresses im Hinblick auf die Politik des Europarats in Bezug auf Nachbarregionen vor, insbesondere Marokko und Tunesien. Er betonte, dass der Kongress zwei Formen der Intervention betreibt: Umgehende Hilfe zur Errichtung eines angemessenen Rechtsrahmens für eine echte kommunale und regionale Demokratie und Unterstützung von Initiativen für demokratische Regierungsführung und Zusammenarbeit neu gewählter kommunaler Vertreter.

- **Offizieller Besuch in Kroatien** (4.-6. Juni 2012)

Präsident Whitmore, in Begleitung des Generalsekretärs des Kongresses, führte diesen offiziellen Besuch auf Einladung der kroatischen Regierung durch. Sie hielten u.a. hochrangige Treffen mit dem stellvertretenden Premierminister für Innen-, Außen- und Europapolitik, Neven Mimica, und dem Minister für öffentliche Verwaltung, Arsen Bauk, durch, wobei die Reform der kommunalen und regionalen Demokratie in Kroatien eines der diskutierten Themen war. In Dubrovnik war das Hauptthema der Gespräche die erfolgreichen Aktivitäten zur Verhütung sexueller Gewalt gegen Kinder, die vom Komitat Dubrovnik (Zupanja) und der Stadt Dubrovnik, vor allem im Rahmen der ONE in FIVE-Kampagne des Europarats, durchgeführt wurden. Weitere Punkte auf der Agenda waren die Integration der Roma, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Städtediplomatie und die Situation der Gemeinden in Kroatien.

- **Offizieller Besuch in Österreich** (26.-28. August 2012)

Der Präsident und der Generalsekretär trafen den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden der österreichischen Delegation beim Kongress, den Vorsitzenden der österreichischen Gemeindeverbandes, Helmut Mödlhammer, und führten einen Meinungsaustausch mit dem Kinderschutzzentrum und dem Kommissar für Integration der Stadt Salzburg durch. Sie trafen sich auch mit der Landeshauptfrau des Landes Salzburg, Gabi Burgstaller.

- **4. Hauptversammlung der nationalen Verbände der Gemeinden und Regionen** (Straßburg, 13. September 2012)

Seit 2006 findet dieses Treffen alle zwei Jahre statt, um die Konsultation und die Partnerschaft zwischen dem Kongress und den Nationalverbänden zu bekräftigen. Präsident Whitmore unterstrich die Rolle der Nationalverbände als „Frühwarnsystem“, die in der Lage seien, Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen zu lenken, mit denen sich Kommunen und Regionen konfrontiert sehen, und Warnungen im Hinblick auf mögliche Probleme bei der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung auszusprechen. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, diskutierte die vierte Hauptversammlung die Pläne für eine mögliche gemeinsame Aktion in drei Bereichen: Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die Gemeinden und Regionen, Kooperationsprogramme mit den Mitgliedstaaten und angrenzenden Nichtmitgliedstaaten des Europarats, Ethik, Transparenz und die Bekämpfung der Korruption für eine gute kommunale und regionale Regierungsführung. Die Teilnehmer trugen ihren Teil zum Entwurf der Prioritäten des Kongresses für 2013-2016 bei und führten eine Debatte über die konkreten Maßnahmen, die die nationalen Verbände und die Gemeinden und Regionen im Kontext der ONE in FIVE-Kampagne des Europarats zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern durchführen können.

- **31. Justizministerkonferenz des Europarats** (Wien, 19.-21. September 2012)

Präsident Whitmore nahm an dieser Konferenz zum Thema „Reaktionen der Justiz auf urbane Gewalt“ teil. Er betonte, die Bürger erwarteten wirksame Maßnahmen zu ihrer Verteidigung gegen Gewalt zuallererst von den Gemeinden. Er sagte, der Kongress sei überzeugt, die politische und soziale Reaktion auf urbane Gewalt müsse den Dialog fördern, Partnerschaften aufbauen, die Bürger einbinden, insbesondere junge Menschen und Minderheitengruppen.

- **9. Jugendministerkonferenz des Europarats** (St. Petersburg, 24. September 2012).

Die Konferenz behandelt insbesondere das Thema Jugendpolitik in einer Zeit, in der junge Europäer sich aufgrund demografischer Veränderungen und der aktuellen Wirtschaftskrise verstärkt mit Herausforderungen konfrontiert sehen. Der Präsident des Kongresses betonte, die aktive Teilnahme junger Menschen an Entscheidungen und Maßnahmen auf kommunaler und regionaler Ebene sei unverzichtbar, wenn demokratischere, integrativere und wohlhabendere Gesellschaften aufgebaut werden sollten.

- **25. Hauptversammlung des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR)** (Cadiz, 27. September 2012)

Eine hochrangige Kongressdelegation, unter Vorsitz ihres Präsidenten, nahm an dieser Hauptversammlung teil. Präsident Whitmore erklärte, der Kongress sei überzeugt, der Weg aus der Krise erfordere Dezentralisierung, Demokratie und Entwicklung. Er stellte die Initiativen des Europarats und des Kongresses zur Einschränkung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften vor. Der CEMR repräsentiert über 55 nationale Verbände der kommunalen und regionalen Verwaltung aus mehr als 40 Staaten. Die Teilnehmer wurden auch über die neusten Entwicklungen der aktuellen Version der Europäischen Woche der lokalen Demokratie informiert.

- **Weltforum für Demokratie** (Straßburg, 5.-11. Oktober 2012)

Der Kongress übernahm einen aktiven Part beim Weltforum für Demokratie, bei dem führende internationale Persönlichkeiten begrüßt wurden, um neue Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in der ganzen Welt zu identifizieren. Kongressvertreter, u.a. sein Präsident und der Generalsekretär sowie Leen Verbeek (Niederlande, SOZ), Kommissar der Königin für die Provinz Flevoland und Vertreter der Kammer der Regionen, und John Warmisham (Großbritannien, SOZ), Councillor von Salford und Koordinator der Europäischen Woche der lokalen Demokratie, Andrée Buchman (Frankreich, SOZ), Regionalrat für das Elsass, Jean-Pierre Liouville (Frankreich, SOZ), Vizepräsident des Regionalrats von Lorraine, Philippe

Receveur (Schweiz, EVP/CD), Minister für Umwelt des Kantons Jura und Experte für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, nahmen an der Plenarsitzung und an verschiedenen Runden Tischen und Themenbezogenen Konferenzen teil. Bei einer Debatte über „Demokratie und Globalisierung“ forderte der Präsident ein neues Modell für die partizipatorische Demokratie auf Basis der Bürgerbeteiligung und Einbindung aller Bewohner, i.e. Minderheiten, Ausländer und Migranten, das ihnen direkten Zugang zu den Machtstrukturen gibt. Er betonte die wichtige Rolle der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem neuen Rahmen.

- **2. Konferenz der für soziale Kohäsion zuständigen Minister** (Istanbul, 11. Oktober 2012)

Bei dieser Konferenz unterstrich Präsident Whitmore, dass die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften vorrangig verantwortlich seien für das Wohlergehen ihrer Gemeinden und dass die soziale Kohäsion unerlässlich sei, um wachsende Spannungen zwischen den kulturellen Gruppen auf lokaler Ebene zu vermeiden. Der Präsident, in Unterstützung der „Neuen Strategie für soziale Kohäsion“ des Europarats, lobte zudem die Bemühungen der türkischen Stellen, die Übereinkunft des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu unterzeichnen.

- **Neue Kongressführung gewählt** (Straßburg, 16.-17. Oktober 2012)

Der Kongress hat auf der 23. Sitzung seine neue Führung gewählt. Neuer Präsident ist Herwig van Staa (Österreich, EVP/CD). Er wählte außerdem sechzehn Vizepräsidenten, die Präsidenten seiner beiden Kammern und die Präsidenten der drei Ausschüsse (siehe Anhänge).

- **Konferenz über „kommunale Gebietskörperschaften im europäischen mehrstufigen Verwaltungssystem“** (Bozen, 25. Oktober 2012)

Der Kongress wurde bei dieser Konferenz der Forscher in diesem Bereich des Föderalismus durch seinen Generalsekretär vertreten, der die Rolle des Kongresses bei der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung vorstellte. Er betonte, es sei das Ziel des Kongresses, einen einzelnen, vereinten Raum gemeinsamer Standards im Bereich der lokalen Demokratie in Europa zu schaffen, und er unterstrich die Notwendigkeit, während der Monitoringtätigkeit die Situation und Relevanz gegenwärtiger Vorbehalte im Hinblick auf die Charta zu prüfen.

Albanischer Vorsitz des Ministerkomitees und territoriale Demokratie

(Mai-November 2012)

Albanien unterstrich die Bedeutung der lokalen Dimension zur Stärkung der Demokratie im Allgemeinen und das Land enger an das restliche Europa anzubinden, indem es die kommunale und regionale Demokratie zu den Prioritäten seines Vorsitzes im Ministerkomitee erklärte. Das von Albanien, mit aktiver Unterstützung des Kongresses, entworfene Programm für lokale Demokratie wurde an mehreren Konferenzen und Veranstaltungen unter Mitwirkung des Präsidenten und von Mitgliedern des Kongresses ausgerichtet.

Neben dem Treffen des Büros in Tirana am 14. Juni, gefolgt von Gesprächen des Kongresspräsidenten mit dem albanischen Präsidenten Bamir Topi, Premierminister Sali Berisha und Parlamentssprecherin Jozefina Topalli, wurden mehrere Seminare und Konferenzen in Tirana organisiert. Zu diesen gehörten vor allem das Seminar „Zustand der Regionalisierung in Albanien: Fortschritte und Herausforderungen“ am 27. Juli, das Seminar „Rolle der Kommunen beim Schutz der Menschenrechte“ am 6. September und das internationale Seminar am 5. Oktober „Stärkung der Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen der Gemeinden“, mit denen die Europäische Woche der lokalen Demokratie begann.

Darüber hinaus organisierte der albanische Vorsitz am 30.-31. Oktober eine hochrangige Konferenz über „die Rolle der Dezentralisierung bei der Festigung der Demokratie in Albanien und der europäischen Integration“. Diese Konferenz führte Vertreter der albanischen Regierung, Mitglieder des Parlaments, EU-Sprecher und Vertreter der Gemeinden und Regionen aus Albanien und Europa sowie Vertreter der Zivilgesellschaft, der Geschäftswelt und Wissenschaftler und Spender zusammen. Der Kongress wurde durch vier seiner Mitglieder und seinen Generalsekretär vertreten, die an verschiedenen thematischen Sitzungen teilnahmen.

Schließlich führte der albanische Vorsitz am 9. November eine hochrangige Konferenz über „Vielfalt in Europa: Eine Stärke für die Zukunft“ durch, an der die Vizepräsidentin des Kongresses, Helena Pihlajassaari (Finnland, SOZ) und der Generalsekretär des Kongresses teilnahmen. Dieser Konferenz folgte die feierliche Übergabe des Vorsitzes des Ministerkomitees an Andorra, an der Präsident Van Staa teilnahm. Der Präsident begrüßte die Entscheidung des nächsten Vorsitzes, zusammen mit den anschließenden Vorsitzen von Armenien und Österreich, ebenso wie Albanien die Förderung der kommunalen und regionalen Demokratie zu einer gemeinsamen Priorität zu erklären.

2. Zusammenarbeit innerhalb des Europarats

Im Geiste der Reform des Europarats setzt sich der Kongress für einen verstärkten Dialog und eine enge Zusammenarbeit mit seinen institutionellen Partnern innerhalb der Organisation ein.

a. Der zwischenstaatliche Sektor

i. Aktionspläne

Der Kongress hat Projekte über lokale und regionale Demokratie in die Aktionspläne des Europarats für Albanien, Armenien und die Ukraine aufgenommen.

Er trägt außerdem zur neuen Politik des Europarats über Nachbarregionen bei und hat in diesem Kontext dieser Zusammenarbeit Beziehungen zu Marokko und Tunesien aufgenommen (siehe unten, Abs. 6 b).

ii. Lenkungsausschuss für lokale und regionale Demokratie (CDLR)

Der neu gewählte Präsident des Kongresses, Herwig Van Staa, wird sich mit den Mitgliedern des CDLR bei deren Sitzung am 19.-20. November treffen, um mit ihnen Themen von gemeinsamem Interessen zu besprechen.

iii. Ad-Hoc-Lenkungsausschuss für Roma (CAHROM)

Der Kongress ist bei Treffen des Ausschusses durch das Sekretariat und seine thematischen Berichterstatter für Roma / Fahrende John Warmisham (GB, SOZ) vertreten. Beim dritten Treffen vom 22. bis zum 25. Mai 2012 in Skopje und Ohrid erläuterte Herr Warmisham den Stand der Umsetzung der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma.

iv. Weitere Themen

Der Kongress ist auch, entweder durch seine thematischen Berichterstatter oder sein Sekretariat, in den Berichterstattergruppen des Ministerkomitees vertreten, z. B. **GR-DEM**, **der GR-EXT**, **der GR-H** und **der GR-SOC** sowie in anderen Lenkungsausschüssen und Expertenausschüssen des Europarats, u.a. Lenkungsausschuss für Menschenrechte (CDDH), dem europäischen Lenkungsausschuss für Jugend (CDEJ), dem Lenkungsausschuss für kulturelle Vielfalt und interkulturellen Dialog (CDDI), dem europäischen Ausschuss für soziale Kohäsion (CDCS) und der Gruppe der Spezialisten für eine kinderfreundliche Justiz (CJ-S-CH).

b. Die Parlamentarische Versammlung

Der Kongress wird auch weiterhin Synergien mit den verschiedenen Einheiten des Europarats generieren, insbesondere mit der Parlamentarischen Versammlung, um die Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse auszubauen.

In Folge der Konferenz der für kommunale und regionale Gebietskörperschaften zuständigen Minister in Kiew im Jahr 2011 gab es Diskussionen, um die zukünftigen Aktivitäten der zwei Versammlungen im Hinblick auf die Bürgerpartizipation und die Förderung der Menschenrechte auf kommunaler Ebene zu koordinieren.

Die Ergebnisse der Verleihung des Europäischen Preises für beste Praxis in Küstenstädten wurden gemeinsam mit dem PACE-Präsidenten und dem Präsidenten des Kongresses am 26. April 2012 bei einer Zeremonie bei der Tagung der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg bekannt gegeben (siehe unten unter 5.c. „Präsentation guter Praxisbeispiele“).

c. Der Menschenrechtskommissar

Der Kongress hat in den Bereichen Aufklärung und Schutz der Menschenrechte auf kommunaler Ebene eine enge Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtskommissar des Europarats entwickelt. Insbesondere informelle Konsultationen können im Kontext des Monitorings der lokalen und regionalen Demokratie stattfinden.

Kommissar Nils Muižnieks sprach auf der 23. Tagung des Kongresses (Oktober 2012). Er sagte, die kommunalen und regionalen Stellen sollten aktiver in den Schutz der Menschenrechte einbezogen werden, indem man die Aufmerksamkeit auf die zu ergreifenden Maßnahmen lenke, u.a. Integration der Roma, Migration und die Einbindung der Menschenrechte in der Haushaltsplanung im Kontext der Sparprogramme.

d. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)

Der Kongress folgte den Aktivitäten der Kommission, insbesondere dem Seminar mit den nationalen Sondergremien zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung (Straßburg, 31. Mai-1. Juni 2012), und wurde bei der 58. Sitzung der Kommission (Straßburg, 19.-22. Juni 2012) durch seine thematische Berichterstatlerin für die Bekämpfung von Rassismus auf lokaler und regionaler Ebene, Sherma Batson (GB, SOZ), vertreten.

e. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission)

Der Kongress unterhält eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission, insbesondere im Bereich der Wahlbeobachtung, des Monitoring der Charta und des Kooperationsprogrammes für Nachbarregionen.

Er nahm vom 2.-3. Juli in Tirana an einer Konferenz über die Erfahrungen der Institutionen und Mitgliedstaaten des Europarats mit der Umsetzung des „Code of Good Practice in Electoral Matters“ (Kodex der guten Praxis für Wahlangelegenheiten) der Venedig-Kommission, der 2002 verabschiedet wurde. Die Kongressvertreterin Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOZ), Vizepräsidentin des Landesparlaments von Salzburg, betonte, der Code of Good Practice in Electoral Matters sein ein Praxisleitfaden und eine Quelle für Informationen und der Inspiration für Kongressbeobachter. Sie zeigte, wie die fünf Grundsätze des europäischen Wahlerbes, i.e. allgemeine, gleiche, freie, geheime und direkte Wahlen, berücksichtigt werden und Berichte und Empfehlungen des Kongresses nach sich ziehen.

Der Monitoring-Ausschuss hat seine Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission bei Fragen der lokalen und regionalen Demokratie verstärkt. Lars O. Molin (Schweden, EVP/CD), Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses, vertritt regelmäßig den Kongress bei Treffen der Venedig-Kommission. Dies gibt ihm die Gelegenheit, die Kommission in Kenntnis zu setzen, wie die Stellen in den während des Monitoringverfahrens besuchten Staaten auf die Stellungnahmen der Venedig-Kommission über lokale und regionale Demokratie reagiert haben. Darüber hinaus werden diese Stellungnahmen auch von den Kongressberichterstatlern bei ihren Besuchen und in den Empfehlungen des Kongresses berücksichtigt.

Die institutionellen Kooperationsmaßnahmen mit Marokko und Tunesien werden in enger Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission durchgeführt. Der Kongress hat an mehreren Anhörungen und Treffen der Venedig-Kommission mit der verfassungsgebenden Versammlung (ANC) von Tunesien über den Verfassungsentwurf teilgenommen. Die Kommission wurde auch in die Gespräche des Kongresses mit dem marokkanischen Parlament über den Gesetzesentwurf über erweiterte Regionalisierung einbezogen.

f. INGO-Konferenz des Europarats

Der Kongresspräsident nahm am Runden Tisch „Verpflichtung der Organe des Europarats auf Demokratie 2012“ teil, der von der INGO-Konferenz am 26. Juni in Straßburg veranstaltet wurde. Er erläuterte die wesentlichen Elemente, die für ein demokratisches Modell auf der Grundlage der aktiven Partizipation notwendig seien, und betonte, die Organisationen der Zivilgesellschaft seien wichtige Partner der kommunalen und regionalen Stellen im Hinblick auf die Schaffung von Bedingungen für das Erreichen der Partizipation.

Die INGO-Konferenz nimmt ebenfalls an der Europäischen Woche der lokalen Demokratie teil, die jedes Jahr vom Kongress ausgerichtet wird.

3. Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie

a. Monitoring

Die Maßnahmen in Bezug auf das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung genießen immer noch Priorität für den Kongress. Die häufigeren und regelmäßigeren Besuche, da jeder Mitgliedstaat jetzt alle fünf Jahre besucht und bewertet wird, schließen einen umfangreicheren politischen Dialog und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den betreffenden Staaten ein.

Der Kongress konzentriert sich auch auf die Bewertung der Umsetzung seiner Empfehlungen, die im Rahmen des Monitoring gegeben werden, und das Festlegen neuer Formen der Kooperation, um konkrete Probleme zu behandeln, die sich während der Besuche ergeben.

i. Angenommene Empfehlungen

Auf seiner 23. Tagung nahm der Kongress zwei Empfehlungen über kommunale und regionale Demokratie in den folgenden Staaten an:

- **„Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“** (17. Oktober 2012)

Der Bericht und die Empfehlung 329 (2012), die von den beiden Ko-Berichterstattern Simon James (Großbritannien, ULDG) und Andrée Buchmann (Frankreich, SOZ) präsentiert wurden, bewerten die Entwicklung der kommunalen und regionalen Demokratie seit der „letzten Empfehlung des Kongresses im Jahr 2007“. Allgemein hat der Kongress zufrieden festgestellt, dass die seit der Annahme der Empfehlung 217 (2007) ergriffenen Maßnahmen einen wesentlichen Fortschritt der kommunalen Demokratie und eine hochwertigere Dezentralisierung und des ordnungsgemäßen Funktionierens der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Zentralregierung darstellen. Sie weisen jedoch auf die Unterschiede im Reichtum der städtischen und ländlichen Gemeinden hin und betonen die Notwendigkeit, die Gesetzgebung über die Zuständigkeiten der Gemeinden und den Finanzausgleich verbessert werden muss.

- **Aserbaidschan** (17. Oktober 2012)

Der Bericht und die Entschließung 345 (2012) und die Empfehlung 326 (2012), die von den Ko-Berichterstattern Jos Wien (Niederlande, EVP/CD) und Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOZ) präsentiert wurden, beurteilen die Entwicklung der kommunalen Demokratie in Aserbaidschan seit dem Monitoring-Bericht des Kongresses im Jahr 2003. Obwohl der Kongress die Gründung von drei nationalen Gemeindeverbänden begrüßt, bedauert er die Tatsache, dass diese keine aktive Rolle bei der Repräsentation der Interessen der Gemeinden spielen. Darüber hinaus stellte der Kongress fest, dass die Empfehlungen, die den nationalen Behörden 2003 übergeben wurden, nicht umgesetzt wurden und dass es keinen Zeitplan für deren Umsetzung gibt. Des Weiteren zeigten sich die

Berichterstatter besorgt über das Versäumnis, die Mehrheit der Bestimmungen der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu achten, die von Aserbaidschan ratifiziert wurde.

In seiner Entschliessung hatte der Kongress sein Büro gebeten, die Einladung des Justizministers von Aserbaidschan in seiner Funktion als Minister, der für die kommunale Verwaltung zuständig ist, zu erwägen, um bei der Tagung des Kongresses zu sprechen und die Maßnahmen vorzustellen, die die Regierung im Hinblick auf die Umsetzung der Grundsätze der Charta zu ergreifen gedenkt. Außerdem ruft er seinen Monitoring-Ausschuss auf, dringend in Baku, in Zusammenarbeit mit den nationalen, lokalen und regionalen Stellen, NRO, die im Bereich lokale Demokratie tätig sind, ein Seminar über die Anwendung der Charta in Aserbaidschan durchzuführen, sowie einen Folgebesuch nach Ablauf der Hälfte der Zeit durchzuführen, um die Situation der lokalen und regionalen Demokratie im Licht der verabschiedeten Empfehlung sowie die in der Zwischenzeit erzielten Fortschritte zu beurteilen. Der Kongress bat schließlich das Ministerkomitee, die Empfehlung im Rahmen seiner Tätigkeit in Aserbaidschan zu berücksichtigen.

ii. Besuche

Seit April 2012 hat der Kongress sechs kommunale und regionale Monitoring-Besuche in den folgenden Staaten durchgeführt:

- **Ukraine** (21.-23. Mai 2012)

Die Kongressdelegation, unter Leitung von Fabio Pellegrini (Italien, SOZ) und Pascal Mangin (Frankreich, EVP/CD), führten diesen dritten allgemeinen Monitoring-Besuch in diesem Staat durch, seitdem dieser die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1997 ratifiziert hat. Die Delegation traf sich mit dem Bürgermeister von Kiew, Leonid Chernovetskyi, dem Leiter der staatlichen Verwaltung der Stadt Kiew, Oleksandr Popov, und seinen Mitarbeitern. Treffen gab es auch mit den Gemeindeverbänden, mit Stadträten der Städte Simferopol und Chernivtsi, mit Mitgliedern des Rats und der Region Ivano-Frankivsk und mit Ministern und Parlamentsmitgliedern der Autonomen Republik Krim. Die Delegation führte einen abschließenden Meinungsaustausch mit Maryna Stavniychuk, Beraterin des ukrainischen Präsidenten und Leiterin der Hauptabteilung für die verfassungsrechtliche und rechtliche Modernisierung durch. Der zweite Teil des Besuchs ist für April 2013 geplant.

- **Ungarn** (23.-25. Mai 2012)

Die Kongressdelegation, unter Leitung von Torres Pereira (Portugal, EVP/CD) und Devrim Çukur (Türkei, SOZ), führten einen ersten allgemeinen Monitoring-Besuch in diesem Staat durch, seitdem dieser die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1994 ratifiziert hat. Es gab Treffen mit der ungarischen Delegation des Kongresses und mit Vertretern lokaler Verbände. Es fand auch ein Meinungsaustausch mit dem Staatssekretär für Gemeindeangelegenheiten und mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtes statt sowie Treffen mit Bürgermeistern und Stadträten der Städte Budapest, Gödöllő, Szentes und Szeged und mit Mitgliedern des nationalen Parlaments.

- **Spanien** (5.-8. Juni 2012)

Die Entsendung der Kongressdelegation, bestehend aus zwei Berichterstattern für lokale und regionale Demokratie, Marc Cools (Belgien, ULDG) und Leen Verbeek (Niederlande, SOZ), fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die spanischen Behörden eine Änderung der grundlegenden Gesetzgebung erwog, welche die Gemeinden regelt. Der zweite Teil wird im November 2012 stattfinden.

- **Georgien** (11.-13. Juni 2012)

Die Kongressdelegation, unter Leitung von Ian Micallef (Malta, EVP/CD) und Helena Pihlajasaari (Finnland, SOZ), führten einen zweiten allgemeinen Monitoring-Besuch in diesem Staat durch, seitdem dieser die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 2004 ratifiziert hat. Die Mitglieder der Delegation besuchten die Autonome Republik Adjara, wo sie sich mit dem Regierungsführer und dem Finanzminister sowie den Bürgermeister von Batumi, Kobulete, Khelvcahuri und Shuakhevi trafen. Es fand auch ein Meinungsaustausch mit den Richtern des georgischen Verfassungsgerichts in Batumi statt. Die Delegation traf sich mit der georgischen Delegation des Kongresses und den Vertretern des nationalen Gemeindeverbandes sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des nationalen Parlaments und den Bürgermeistern von Tbilisi und Rustavi.

- **Dänemark** (3.-5. Oktober 2012)

Die Kongressberichterstatte Julia Costa (Portugal, EVP/CD) und Jean-Pierre Liouville (Frankreich, SOZ) hielten Treffen in Kopenhagen, Vallensbæk, Sorø und Maribo ab. Sie trafen sich mit dem Minister für Wirtschaft und Inneren, dem stellvertretenden ständigen Sekretär für Finanzen, dem Sprecher des dänischen Parlaments, dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und Vertretern der Gemeinden Dragør und Lolland sowie der Region Zeeland, den Färöer-Inseln und Grönland. Der Bericht über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Dänemark wird 2013 zur Annahme dem Monitoring-Ausschuss des Kongresses vorgelegt.

- **Irland** (3.-5. Oktober 2012)

Die Kongressberichterstatte Michael Cohen (Malta, SOZ) und Merita Jegeni Yıldız (Türkei, EVP/CD) führten Treffen in Dublin, Nava und Cork durch. Die Delegation traf sich mit dem Minister für Umwelt, Gemeinschaft und lokale Verwaltung, den Bürgermeistern von Dublin und Cork (County und Stadt), Stadträten von Meath und Trim und dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs. Sie führten auch einen Meinungsaustausch mit den nationalen Gemeindeverbänden und Mitgliedern des Parlaments durch. Der Bericht über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Irland wird 2013 zur Annahme dem Monitoring-Ausschuss des Kongresses vorgelegt.

iii. **Post-Monitoring**

Der Kongress ist entschlossen, die Nachbereitung zu seinen Empfehlungen im Rahmen des Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie in den Mitgliedstaaten besser zu beurteilen. Er hat begonnen, konkrete Maßnahmen in den Mitgliedstaaten zu organisieren, um den Dialog mit und zwischen den Behörden zu optimieren und die Fortschritte zu beurteilen, die im Hinblick auf die Schlussfolgerungen des Monitoring gemacht wurden.

Er hat diesen neuen Post-Monitoring-Prozess am 4. September 2012 in Bosnien-Herzegowina mit einem hochrangigen Treffen mit dem Titel „Ermächtigung der kommunalen Verwaltungen durch eine Gesetzgebungsreform: Empfehlungen des Kongresses des Europarats“ begonnen. Das Treffen unter dem Vorsitz von Lars O. Molin (Schweden, EVP/CD), Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses, und vom Bürgermeister von Sarajevo, Alija Behmen, eröffnet, zielte auf eine Diskussion der Maßnahmen ab, mit denen man am besten die Empfehlungen des Kongresses umsetzen könne, die nach den zwei Monitoring-Besuchen in Bosnien-Herzegowina im Jahr 2011 ausgesprochen wurden. Lars O. Molin betonte, dass das Post-Monitoring, das der Kongress etablieren möchte, keine Überwachungsverfahren ist, sondern eine gemeinsame Beurteilung durch Gleichgestellte (gewählte Vertreter und Mitglieder der Regierung), sei es auf nationaler oder lokaler und regionaler Ebene.

Diesem Treffen ging am 22. Mai 2012 in Sarajevo eine Präsentation des Generalsekretärs über die Monitoring-Tätigkeit des Kongresses in Bosnien-Herzegowina bei einem Treffen der

Arbeitsgruppe „Westlicher Balkan“ des Ausschusses der Regionen voraus. Der Kongress schlug vor, zur Stärkung der Basis der lokalen Demokratie in Bosnien-Herzegowina beizutragen, indem er die Behörden darin unterstützt, die Gesetzgebung über die kommunale Selbstverwaltung zu überarbeiten und auszuweiten, insbesondere durch Klärung der Verteilung der Zuständigkeiten, Stärkung der Kooperation und Interaktion mit dem Staat, zwischen den Gemeinden und durch die Bereitstellung besserer Dienste, die sich an der Zufriedenheit der Bürger orientieren.

Insbesondere in diesem Bereich arbeitet der Kongress eng mit den externen Büros des Europarats zusammen.

b. Beobachtung von Lokal- und Regionalwahlen

Seit 2010 hat der Kongress Maßnahmen ergriffen, um den Umfang seiner Beobachtertätigkeit auszuweiten. Die Wahlbeobachtung des Kongresses schließt nun Beurteilungen des politischen Systems, der rechtlichen Bedingungen und der Medienlandschaft sowie Informationen ein, die in der Phase vor den Wahlen gesammelt werden, insbesondere über den Wahlkampf.

Der Kongress konzentriert sich außerdem stärker auf das konkrete Verfolgen der Kongress-Empfehlungen, die sich aus Wahlbeobachtungsmissionen ergeben.

Darüber hinaus wird dem regelmäßigen Training der Mitglieder von Wahlbeobachtungsmissionen des Kongresses besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dieses Training wird in der Regel zusammen mit den strategischen Partnern des Kongresses für den Bereich Wahlbeobachtung durchgeführt, vor allem dem Ausschuss der Regionen, aber auch mit den nationalen Verbänden der kommunalen Selbstverwaltung. Ein neueres Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Bereich war das im Februar 2012 in London durchgeführte Training, das in Kooperation mit dem britischen Kommunalverband organisiert wurde.

• Kommunal- und Regionalwahlen in Serbien (6. Mai)

Eine Delegation des Kongresses, unter Leitung von Nigel Mermagen (Großbritannien, ULDG), beobachtet die Kommunal- und Provinzwahlen, die am 6. Mai 2012 stattfanden. Zu den Mitgliedern dieser Delegation zählten auch Vertreter des EU-Ausschusses der Regionen. Zum ersten Mal fanden im ganzen Land drei Wahlen gleichzeitig statt: Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunal-/Regionalwahlen. Die Delegation stellte Verbesserungen im Rechtsrahmen und im Wahlsystem von Serbien fest, die sich positiv auf die Identifizierung der kommunalen Führung auswirkten. Sorgen bereiten nach wie vor die Beeinträchtigung der geheimen Wahl, die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Medieneigentümerschaft und die Situation der Minderheit der Roma, die im Hinblick auf mögliche Vergehen bei Wahlen besonders gefährdet sind.

Der bei der 23. Tagung (Oktober 2012) angenommene Bericht erklärt, dass die Wahlen, mit wenigen Ausnahmen, allgemein in ordnungsgemäßer Weise in - größtenteils - gut organisierten Wahllokalen stattfanden. Allerdings führte die Tatsache, dass drei Wahlen gleichzeitig durchgeführt wurden, zu dem Zustand, dass die Wahlen größtenteils von der nationalen Stimmabgabe überschattet wurden. Der Kongress bestand dementsprechend in seiner Empfehlung 348 (2012) auf der Notwendigkeit, die Ausstattung der Wahllokale zu verbessern, in denen immer noch einfache Kartonabtrennungen, anstelle von ordnungsgemäßen Wahlkabinen verwendet wurden.

• Lokale Teilwahlen in Armenien (9. September und 23. September 2012)

Eine Delegation des Kongresses, unter Leitung von Henry Feral, (Frankreich, EVP/CD) und unter Teilnahme von Mitgliedern des EU-Ausschusses der Regionen, führten eine Beobachtungsmission für die kommunalen Teilwahlen in diesem Staat durch. Nach der Beobachtung der kommunalen Teilwahlen am 9. September bestätigte die

Kongressdelegation, dass der Abstimmungsprozess gut organisiert wurden und an beiden Tagen in ordnungsgemäßer Weise und einer zufriedenstellenden Wählerbeteiligung durchgeführt wurden. Die Delegation stellte jedoch mit Bedauern das fehlende Engagement der politischen Parteien in Armenien im Hinblick auf die kommunale Verwaltung fest. Die Delegation erkannte an, dass dies Folge verschiedener Faktoren war, u.a. der fehlenden Finanzmittel, Mitarbeiter und Kandidaten, kritisierte aber die Tatsache, dass die politischen Parteien der Demokratie und Verwaltung auf kommunaler Ebene nicht ausreichend Aufmerksamkeit schenkten. Außerdem forderte die Kongressdelegation eine größere Einbeziehung der Zivilgesellschaft als Ganzes bei diesen Angelegenheiten.

Der Bericht wird auf der 24. Tagung im März 2013 geprüft.

- **Lokalwahlen in Bosnien-Herzegowina (7. Oktober 2012)**

Eine Delegation unter Leitung der Kongressberichterstatteerin Amy Koopmanschap (Niederlande, SOZ) und mit Mitgliedern des EU-Ausschusses der Regionen und einem Mitglied des französischen Verbandes der Gemeinden und Regionen des Europarats, führte eine Beobachtungsmission in Bosnien-Herzegowina (BH) vom 4. bis zum 8. Oktober 2012 aus und beobachtete die Wahl vom 7. Oktober. Zwei Wochen vor diesem Tag wurde ein Besuch der Vorwahlen organisiert.

Die Delegation erklärte, die Wahlen seien in einer generell zufriedenstellenden Weise vorbereitet und durchgeführt worden, obwohl einige Fragen echter demokratischer Wahlen noch offen sind, insbesondere der Einfluss der Parteien auf die Zusammensetzung der Wahlausschüssen in den Wahllokalen und die Rolle der innerstaatlichen Beobachter, der Anmeldeprozess und der Umfang der Liberalität des Wahlrechts in dieser Hinsicht sowie Fragen der Unterstützung von Wählern, die ihr Wahlrecht nicht allein ausüben können und Familienabstimmungen. Die Delegation empfahl außerdem, den Einsatz so genannter „eingereichter“ oder nicht bestätigter Stimmen für jene Wähler, die nicht im Wählerverzeichnis stehen, aber behaupten, das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde zu haben.

Der Bericht wird auf der 24. Tagung im März 2013 geprüft.

4. Institutionelle Aktivitäten

a. Präsidiumssitzungen

- **Straßburg, 15. Mai 2012**

Das Büro hörte einen Bericht über die Tätigkeit und die Treffen des Präsidenten sowie die Berichte der Präsidenten der beiden Kammern.

Das Büro prüfte den ersten Berichtsentwurf über die Prioritäten des Kongresses für 2012-2016. Ebenfalls auf der Agenda standen Veränderungen der nationalen Delegationen, das Follow-up der 22. Tagung und die Vorbereitung der 23. Tagung, die ersten Ergebnisse der Wahlbeobachtung in Serbien (6. Mai 2012), die Beobachtung der in Albanien (September 2012) und in Bosnien-Herzegowina (Oktober 2012) geplanten Kommunalwahl, die Kooperationsmaßnahmen und Vorschläge des britischen Vorsitzes des Ministerkomitees in Bezug auf die lokale und regionale Demokratie im Europarat und die zukünftigen Prioritäten unter albanischem Vorsitz.

- **Tirana, 14. Juni 2012**

Das Treffen des Büros fand in Tirana im Rahmen des albanischen Vorsitzes des Ministerkomitees statt. Nach einem Treffen mit dem Kongresspräsidenten, sprach der Bürgermeister von Tirana, Lulzim Basha, zu dem Büro, und der stellvertretende Innenminister Ferdinand Poni stellte die Prioritäten unter albanischem Vorsitz vor.

Der Bericht über die Prioritäten des Kongresses für 2013-2016 wurde angenommen und wird am 13. September 2012 auf der 4. Hauptversammlung der nationalen Verbände der Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten diskutiert.

Der Präsident berichtete über seine Teilnahme an der 112. Sitzung des Ministerkomitees am 23. Mai. Die Debatten konzentrierten sich u.a. auf die Umsetzung der Politik des Europarats für Nachbarregionen und in diesem Kontext die Kongress-Initiativen, einschließlich der Vorbereitung eines „Partner für lokale Demokratie-Status“, zunächst für die Verbände und gewählten kommunalen und regionalen Stellen in Marokko und Tunesien.

Die Fortschritte des Projekts einer Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma, einschließlich der Präsentation des Konzepts der Europäischen Kommission und der Diskussionen, die im Kontext einer möglichen Unterstützung durch diese geführt wurden, wurden dem Büro ebenfalls mitgeteilt.

- **Straßburg, 14. September 2012**

Mitglieder des Büros diskutierten im Hinblick auf ihre Annahme auf der 23. Tagung insbesondere die Kongress-Prioritäten für 2013-2016, die nach der Konsultation der nationalen Verbände während ihrer Hauptversammlung am 13. September geändert worden waren.

Unter dem Tagesordnungspunkt Kooperationsmaßnahmen wurde ein Entschließungsentwurf über die Rolle des Kongresses in der neuen Politik des Europarats für Nachbarregionen angenommen.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung waren die Vorbereitung der 23. Tagung, das Projekt der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma, die Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen, der Beitrag des Kongresses zur ONE in FIVE-Kampagne des Europarats und ein Meinungsaustausch mit den Vertretern der Entwicklungsbank des Europarats.

- **Straßburg, 15. und 16. Oktober 2012**

Das Büro nahm einen Empfehlungs- und Entschließungsentwurf über die Beobachtung der Kommunal- und Regionalwahlen in Serbien an und wurde über die ersten Schlussfolgerungen der Wahlbeobachtung in Armenien (9. und 23. September 2012) und in Bosnien-Herzegowina (7. Oktober 2012) informiert. Es wurde auch über den Ausgang des Konsultationstreffens der Städte und Regionen und anderer Stakeholder für die Integration der Roma, das am 25. September 2012 stattfand, und die Umsetzung des Programms des Kongresses unter dem albanischen Vorsitz des Ministerkomitees sowie das Programm des anstehenden Vorsizes von Andorra unterrichtet.

Es hörte die Kommunikation des Kongresspräsidenten und die Berichte der neu gewählten Präsidenten der Kammern.

Der Zeitplan für die Treffen des Büros und die Tagungen 2012 und 2013 wurde vorgelegt.

b. Plenarsitzungen

- **23. Tagung** (Straßburg, 15.-18. Oktober 2012)

Auf dieser Tagung wählte der Kongress einen neuen Präsidenten, die neuen Präsidenten der beiden Kammern und die Leiter seiner drei Ausschüsse. Er wählte des Weiteren die Vizepräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden dieser Gremien (siehe Anhänge). Die Amtsdauer der in das Präsidentenamt gewählten Personen beträgt 2 Jahre.

Auch die nationalen Delegationen wurden erneuert. Die Amtsdauer der 636 Mitglieder des Kongresses beträgt zum ersten Mal vier Jahre.

Der Kongress nahm außerdem die Prioritäten für die nächsten vier Jahre an. Von 2013 bis 2016 werden sich die Aktivitäten des Kongress vor allem auf drei Hauptziele konzentrieren: Die Stärkung der Qualität der lokalen und regionalen Demokratie und der Menschenrechte in Europa und Entgegenwirken der neuen Herausforderungen, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind, und Ausbau der Zusammenarbeit und der Partnerschaften.

Auf der Tagung wurden die Berichte über die Situation der lokalen Demokratie in der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ und in Aserbaidschan, die nach Monitoring-Missionen erstellt wurden, die im Dezember 2011 und April 2012 vom Kongress in diesen beiden Staaten durchgeführt wurden, sowie über die Durchführung der Kommunalwahlen in Serbien im Mai 2012 geprüft.

Die Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie über die Grenzen Europas hinaus, i.e. im Kontext der Politik der Nachbarregionen des Europarats und insbesondere der Veränderungen in den arabischen Staaten waren Gegenstand von zwei Debatten, in Anwesenheit des stellvertretenden Bürgermeisters von Rabat und des Sekretärs der Venedig-Kommission. Mehrere Texte wurden angenommen, die zur Umsetzung der praktischen Instrumente zur Stärkung der Kooperation mit diesen Staaten aufrufen. Der Kongress rief des Weiteren das Ministerkomitee auf, die Möglichkeit zu prüfen, den Beitritt von Staaten des südlichen Mittelmeerraums, insbesondere Marokkos und Tunesiens, zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu prüfen. Darüber hinaus entschied er, die administrativen und gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zu geeigneter Zeit für die Annahme eines Status als „Partner für lokale Demokratie“ für kommunal gewählte Vertreter aus Nachbarstaaten notwendig sind, die keine Mitgliedstaaten des Europarats sind.

Es wurden auch unterschiedliche Komponenten der Demokratie in den Gebietskörperschaften geprüft, insbesondere „die Partizipation von Ausländern an der kommunalen Politik“, „die politische Verwaltung von Makroregionen in Europa“, „das Recht der Gemeinden auf Konsultation durch anderen Regierungsebenen“ und „lokale Stellen der zweiten Ebene - intermediäre Regierungsführung in Europa“.

Es fanden zwei Debatten statt, eine über regionale Bereiche der Gesetzgebung und Maßnahmen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern und eine andere über Jugend und Demokratie.

Zu den Teilnehmern gehörten u.a. der estnische Minister für regionale Angelegenheiten, Siim Kiisler, der stellvertretende Innenminister Albaniens, Ferdinand Poni, der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, und die stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Gabriella Battaini-Dragni.

Der estnische Minister für regionale Angelegenheiten sprach im Rahmen eines Meinungsaustauschs über die Fortschritte der lokalen Demokratie in Estland zum Kongress. Nach der Annahme der Empfehlung durch den Kongress im Jahr 2010 präsentierte der Minister die aktuelle Situation in Estland, wo die Regierung auf staatlicher und lokaler Ebene durchgreifende Maßnahmen durchgeführt hat, um der Rezession entgegenzuwirken.

Der stellvertretende Innenminister Albaniens betonte das starke Engagement seines Landes, die Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene zu stärken. Er unterstrich des Weiteren die wichtige Rolle, die der Vorsitz des Ministerkomitees für sein Land bedeute, und erklärte, die Regierung werde ihre Bemühungen bis zum Ende des Vorsitzes fortführen.

c. Das Statutarische Forum

Bestehend aus den Leitern der nationalen Delegationen und den Mitgliedern des Kongressbüros wurde das Forum im Rahmen der kürzlich erfolgten Reformierung des Kongresses eingerichtet und ersetzt den Ständigen Ausschuss. Es befasst sich mit den strategischen Aspekten der Tätigkeit des Kongresses.

Das Statutarische Forum traf sich am 17. Oktober 2012 während der 23. Tagung. Es nahm das neue Verfahren des Generalsekretärs an, das von Nataliya Romanova (Ukraine, ULDG) vorgestellt wurde.

d. Die Kammer der Gemeinden

Am 26. April besuchte der Vizepräsident des Kongresses und Präsident der Kammer der Gemeinden, Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOZ) San Marino, um die mögliche Unterzeichnung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch diesen Mitgliedsstaat zu prüfen. Während seines Aufenthalts traf er sich mit der Außenministerin, Antonella Mularoni, dem Staatssekretär für Beziehungen zu den Gemeinderäten (Giunte di Castello), Augusto Casali, den Regierenden Kapitänen Maurizio Rattini und Italo Righi sowie der Delegation von San Marino beim Kongress.

Auf der 23. Tagung (Oktober 2012) wählte die Kammer erneut Jean-Claude Frécon (Frankreich, SOZ) zum Präsidenten und sieben Vizepräsidenten (siehe Anhänge). Sie prüfte und verabschiedete die Berichte und die entsprechenden Entschlüsse und Empfehlungen über lokale Demokratie in der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ und über die Kommunalwahlen in Serbien. Des Weiteren gab es eine Debatte über die Partizipation von Ausländern am Leben der Gemeinde.

e. Die Kammer der Regionen

Die Kammer organisierte am 1. Juni 2012 in Innsbruck eine internationale Konferenz zum Thema „Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis im Europarat und in der Europäischen Union - Herausforderungen und strategische Ziele“. Themen, wie z. B. die Regionalisierung in Europa, regionale Maßnahmen in den Bereichen Demokratie, Transparenz und Menschenrechte und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wurden diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung verschiedener Systeme der regionalen Demokratie (föderale Staaten, regionalisierte Staaten, Regionen mit Sonderstatus) und der Vertretung und der Rolle regionaler Regierungen und Parlamente innerhalb des Europarats und seiner zwischenstaatlichen Gremien gewidmet.

Am 27. Juli 2012 organisierte (mit anderen Stellen) die Kammer der Regionen in Tirana ein internationales Seminar zum Thema „Der Stand der Regionalisierung in Albanien: Fortschritte und Herausforderungen“. Die Kammer wurde durch ihren Präsidenten, Herwig Van Staa, und den Generalsekretär des Kongresses vertreten.

Am 10. Oktober 2010 organisierte die Kammer in Zusammenarbeit mit dem Département Bas-Rhin eine Konferenz über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des Weltforums für Demokratie, das vom Europarat ausgerichtet wurde.

Auf der 23. Tagung wählte die Kammer Nataliya Romanova (Ukraine, GILD) zu ihrer Vorsitzenden und wählte anschließend sieben Vizepräsidenten (siehe Anhänge). Sie diskutierte und verabschiedete zwei Berichte, einen über „Die Verwaltung großer Regionen in Europa“ und einen anderen über „Regionale Gesetzgebung und die Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ sowie die entsprechenden Entschlüsse und Empfehlungen.

Am 8.-9. November 2012 vertraten der neue gewählte Präsident der Kammer in Berlin den Kongress bei der Hauptversammlung und Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der europäischen Grenzregionen (AEBR).

f. Die Ausschüsse

i. Monitoringausschuss

Der Ausschuss für die Überprüfung der Einhaltung der Auflagen und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (Monitoring-Ausschuss) wurde im Oktober 2010 im Rahmen der Reform der Kongressstrukturen eingerichtet. Auf seiner Sitzung am 16. Oktober 2012 während der 23. Tagung wählte der Ausschuss erneut Lars O. Molin (Schweden, L, EVP/CD) zu seinem Vorsitzenden und außerdem fünf Vizepräsidenten: Devrim Cukur (Türkei, SOZ), Irene Loizidou (Zypern, EVP/CD), Jos Wienen (Niederlande, EVP/CD), Andrée Buchmann (Frankreich, SOZ) und Alexander Uss (Russische Föderation, EVP/CD).

Der Ausschuss ist zuständig für das Monitoring der Anwendung der Charta sowie für die institutionellen Entwicklungen in den Regionen Europas, für das Verfassen von Berichten über die Situation der kommunalen und regionalen Demokratie in den Staaten, die die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert haben, und für das Monitoring konkreter Fragen in Bezug auf die kommunale und regionale Demokratie in den Mitgliedstaaten.

Der Ausschuss traf sich am 6. Juli 2012 in Vannes (Frankreich) und nahm zwei Empfehlungsentwürfe über die lokale und regionale Demokratie in der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ und in Aserbaidschan an. Während dieses Treffens fand ein Seminar statt, wie man die Monitoring-Maßnahmen verbessern könnte; es gab u.a. eine Präsentation eines Mitglieds der Gruppe der unabhängigen Experten über die wichtigsten Bestimmungen der Charta und kurze Dokumentationsvideos der Monitoring-Besuche.

Der Ausschuss reagierte auf die Anfragen, die vom Kongressbüro und dem Büro der Kammer der Gemeinden über die Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Finnland und den Niederlanden eingereicht worden waren.

Ein hochrangiges Seminar fand am 4. September 2012 in Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) mit Vertretern der zentralen, regionalen und kommunalen Stellen als Teil des Post-Monitoring-Prozesses statt, der für diesen Mitgliedstaat durchgeführt wurde. Es wurden die Möglichkeiten für die Umsetzung der Empfehlung 324 (2012) diskutiert, die vom Kongress über die lokale und regionale Demokratie in Bosnien-Herzegowina angenommen wurde. Die nationalen Stellen baten den Kongress, einen Zeitplan zu erstellen, der bei einem zweiten hochrangigen Treffen Anfang 2013 diskutiert werden soll.

Bei seiner Sitzung in Straßburg am 16. Oktober während der 23. Tagung nahm der Ausschuss die Schlussfolgerungen eines Trainingsseminars an, das im Juli 2012 für Mitglieder durchgeführt wurde, die als Berichterstatter agieren müssen. Ein Handbuch für Berichterstatter ist in Arbeit und wird Hinweise für die Verbesserung der Qualität des Monitoring-Prozesses enthalten. Der Ausschuss hielt außerdem eine Debatte über die Partizipation von nationalen Minderheiten an der Kommunal- und Regionalpolitik ab. Der Ausschuss nahm den Vorschlag an, zusammen mit dem Governance-Ausschuss einen Bericht zu diesem Thema zu verfassen.

Ein Arbeitsprogramm und die Agenda für Besuche in den Jahren 2012-2014 wurde angenommen.

ii. Governance-Ausschuss

Der Governance-Ausschuss wurde im Oktober 2010 im Rahmen der Reformierung der Kongressstrukturen eingerichtet. Auf seiner Sitzung am 16. Oktober 2012 während der 23. Tagung wählte der Ausschuss erneut Karl-Heinz Lambertz (Belgien, SOZ) für zwei Jahre zu seinem Vorsitzenden und außerdem fünf stellvertretende Vorsitzende: Britt-Marie Lövgren

(Schweden, ULGD), Sevdia Ugrekhelidze (Georgien, EVP/CD), Henry Feral (Frankreich, EVP/CD), Amrit Mediratta (Großbritannien, ECR) und Mustafa Aygun (Türkei, ECR).

Der Ausschuss ist zuständig für Angelegenheiten, die in den Anwendungsbereich des gesetzlichen Mandats des Kongresses fallen, i.a. Governance, öffentliche Finanzen, die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit und e-Demokratie sowie die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Lenkungs Ausschuss für kommunale und regionale Demokratie (CDLR).

Am 30. Mai 2012 führte der Ausschuss in Innsbruck (Österreich) ein Seminar zum Thema „Mehrebigige politische Verwaltung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ durch. An dem Seminar nahmen Experten und Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit teil; es wurden Fallstudien aus Österreich, Deutschland und der Ukraine, und es wurde ein Runder Tisch über die Aussichten der Verwaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa abgehalten. Dieses Seminar fließt in einen Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein, der vom Ausschuss verfasst wird.

Bei seiner Sitzung während der 23. Plenarsitzung wurde der Ausschuss im Hinblick auf den Stand der Berichte, die gegenwärtig von den Berichterstatern über die Kriterien verfasst werden, sich kommunal und regional zur Wahl zu stellen, die Definition angemessener Finanzmittel, die Entwicklung der Regionalisierung sowie über die Ebenen der politischen Verwaltung in den Mitgliedstaaten unterrichtet.

Er wurde über die neusten Entwicklungen zum Follow-up der Konferenz der für die kommunale und regionale Verwaltung zuständigen Minister (3.-4. November 2011, Kiew, Ukraine) und über die Vorbereitungen der „Konferenz über Dezentralisierung“ unterrichtet, die im Rahmen des albanischen Vorsitzes am 30.-31. Oktober 2012 in Tirana stattfand.

iii. Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten

Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten wurde im Oktober 2010 im Rahmen der Reformierung der Kongressstrukturen eingerichtet. Auf seiner Sitzung am 16. Oktober 2012 während der 23. Tagung wählte der Ausschuss Farid Mukhametshin (Russische Föderation, ULGD) zu seinem Vorsitzenden und vier stellvertretende Vorsitzende: Angelika Kordfelder (Deutschland, SOZ), Ana Alos Lopez (Spanien, EVP/CD), Snezhina Madzharova (Bulgarien, EVP/CD) und Enes Ozkarsli (Türkei, EVP/CD). Der Ausschuss wird bei seiner nächsten Sitzung den fünften stellvertretenden Vorsitzenden wählen.

Laut Arbeitsauftrag ist der Ausschuss zuständig für die Untersuchung der Rolle der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf die großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft; die Vorbereitung von bestimmten Themen, u.a. sozialer Zusammenhalt, nachhaltige Entwicklung, Bildung, Kultur und interkultureller Dialog im Sinne der Kernwerte des Europarats, und Vorschläge zur Maßnahmen, um auf bestehende oder sich entwickelnde Probleme sowie auf die Notfälle auf kommunaler und regionaler Ebene zu reagieren.

Seit seiner letzten Sitzung auf der 22. Tagung (März 2012) hat der Ausschuss am Beitrag des Kongresses zur ONE in FIVE-Kampagne des Europarats gearbeitet. Ein Pakt der Städte und Regionen zur Verhütung von sexueller Gewalt gegen Kinder wurde mit dem Ziel gestartet, die Gemeinde- und Regionalräte und Parlamente in ganz Europa zu mobilisieren. Der Pakt bietet eine Reihe praktischer Maßnahmen, die auf lokaler und regionaler Ebene ergriffen werden können, um kinderfreundliche lokale und regionale Dienste zu entwickeln, Kinder zu schützen und sexuelle Gewalt innerhalb der Gemeinschaft zu verhindern. Der Kongress nahm außerdem auf seiner 23. Tagung einen Bericht über „Regionale Gesetzgebung und Maßnahmen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ an.

Der Ausschuss ist auch im Jugendbereich tätig, für den er u.a. einen Bericht über „Jugend und Demokratie: Das veränderte politische Engagement der Jugend“, der ebenfalls auf der 23. Tagung angenommen wurde. Darüber hinaus hat der Ausschuss seine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendsektor des Europarats zum „Enter!-Projekt“ fortgeführt, um den Zugang junger Menschen zu Sozialrechten zu fördern. Angesichts der Tatsache, dass die lokalen und regionalen Stellen häufig zuständig sind, den Zugang zu diesen Rechten sicherzustellen, wurde im September 2012 ein gemeinsames Seminar mit Ausschussmitgliedern und jungen Menschen organisiert, um sie auf einen Trainingskurs im Jahr 2013 zum selben Thema vorzubereiten. Ebenfalls zum Thema Jugendpartizipation und Zugang zu Rechten und im Rahmen des Follow-up der Straßburger Erklärung über Roma wird ein Bericht über die „Situation der Roma-Jugend“ vorbereitet, und für den 25. November 2012 ist ein Konsultationstreffen mit jungen Roma geplant.

Als Beitrag zur Politik des Europarats für Nachbarregionen wurde außerdem ein Bericht über die „Laufende Veränderungen in den arabischen Staaten – Chancen für die lokale und regionale Demokratie“ auf der 23. Tagung angenommen.

Es wurde auch die Arbeit an Berichten über die „Auswirkungen der Finanzkrise auf die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften“, über „Integration durch Selbständigkeit: Förderung des lokalen Unternehmertums von Migranten“ und über den „Zugang von Migranten zu den regionalen Arbeitsmärkten“ aufgenommen.

Auf seiner Sitzung am 16. Oktober während der 23. Tagung prüfte der Ausschuss auch den Vorschlag für einen Bericht über die Situation von LGBT (Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen) auf lokaler und regionaler Ebene.

5. Themenspezifische Aktivitäten

a. Eingliederung der Roma

- **Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma**

Seit dem Gipfeltreffen der Bürgermeister zum Thema Roma im September 2011 arbeitet der Kongress in enger Kooperation mit dem Sondervertreter für Roma des Europarats an Roma-bezogenen Fragen, um einen Kooperationsrahmen für Städte und Regionen zu erarbeiten, die bereit sind, die Roma-Eingliederung zu fördern.

Auf der Grundlage der durchgeführten Konsultationen, insbesondere eines Fragebogens, der im März 2012 an eine große Zahl von Städten und Regionen verschickt wurde, um deren vorrangige Probleme zu identifizieren, organisierten der Kongress und der Sondervertreter am 25. September 2012 ein Konsultationstreffen der Städte, Regionen und anderer Akteure, u.a. in Anwesenheit von Vertretern der Europäischen Kommission.

Dieses Treffen bot den Teilnehmern die Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen und praktischen Maßnahmen, zur Diskussion von Vorschlägen einer Zusammenarbeit und von Möglichkeiten, die Roma-Partizipation am demokratischen Prozess zu steigern. Man kam zu dem Schluss, dass die Allianz einen kooperativen und flexiblen Raum bieten sollte, an dem Austausch, Training und gegenseitiges Lernen stattfinden kann, an dem Programme und Situationen beurteilt und Projekte aufgebaut werden können, und an dem die Städte und Regionen ihre Kapazitäten erhöhen können, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung von Projekten und das Präsentieren von Integrationsprojekten, die durch Gelder der Europäischen Union und andere Quellen finanziert werden.

Die Allianz verfasst momentan auf der Grundlage der Ergebnisse des Treffens ihr Maßnahmenprogramm und berücksichtigt dabei die vorgestellten Bedürfnisse und Prioritäten sowie die verfügbaren Mittel, und sie bemüht sich um Kooperationsmöglichkeiten mit den bestehenden Initiativen und Programmen. Ihre ersten Maßnahmen werden bis Ende 2012 organisiert werden.

b. Unterstützung des demokratischen Prozesses in der Region Europa-Mittelmeer

- **Meinungsaustausch des Kongresses und der Mitglieder des marokkanischen Parlaments** (Rabat, 11. Juli 2012)

Auf Einladung des marokkanischen Parlaments führte eine Kongressdelegation einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern beider Kammern des marokkanischen Parlaments durch. Diese Gespräche konzentrierten sich auf das Projekt der verstärkten Regionalisierung in Marokko und auf den Gesetzesentwurf, der die Gebietskörperschaften in Marokko neu gliedern wird und der auf der nationalen Agenda ein wichtiges Thema darstellt. Die Delegation traf sich auch mit Karim Chellah, Sprecher der Abgeordnetenversammlung, und Mohammed Cheikh Biadiallah, Sprecher der Ratsversammlung.

(siehe auch „Kooperationsmaßnahmen und Partnerschaften“ in Abschnitt 6.b.3 und 6.b.4 unten)

c. Präsentation guter Praxisbeispiele

- **Preis für beste Praktiken für Küstenstädte**

Die Gewinner dieses neuen Preises wurden am 26. April 2012 gemeinsam vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Jean-Claude Mignon, und dem Präsidenten des Kongresses bei einer Zeremonie während der Tagung der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg verkündet.

Nach Beurteilung der 48 eingegangenen Bewerbungen ging der erste Preis an Yevpatoria (Ukraine), der gemeinsame zweite Preis an Bournemouth und Canterbury (beide Großbritannien) und der gemeinsame dritte Preis an Heroy (Norwegen) und Zadar (Kroatien). Die Gewinner und Mitbewerber wurden zur Preisverleihung eingeladen, die am 9. Mai 2012 in Blackpool (Großbritannien) stattfand.

Diese Idee, die besten lokalen Praktiken für die Erneuerung von Küstenstädten zu honorieren, wurde am 11. Januar 2012 in Straßburg auf Initiative des Centre of Expertise for Local Government Reform des Europarats unter dem britischen Vorsitz und in Partnerschaft mit dem Kongress und der britischen Local Government Association ins Leben gerufen.

- **Der „Stadt für Kinder-Preis 2012“**

Der Kongress unterstützt aktiv das Städte für Kinder-Netzwerk, das den europäischen Preis für Exzellenz „Stadt für Kinder“ im Jahr 2012 organisierte, um europäische Städte für ihre herausragenden kinderfreundlichen Projekte zu loben. Der Preis für 2012 vom 14. Mai wurde für kinderfreundliche Stadtplanung verliehen. Die Jury zeichnete innovative Projekte aus, die beim Entwerfen städtischer Bereiche im Hinblick auf Entwicklung, Architektur, Freiflächen und Nutzung die Perspektive von Kindern und deren Familien berücksichtigen.

d. Bürgerpartizipation: Europäische Woche der lokalen Demokratie

- **Zehn marokkanische Gemeinden verpflichteten sich zur Teilnahme an der EWLD 2012** (Rabat, 10. Juli 2012)

Die gewählten Vertreter von fünfzehn Gemeinden, einschließlich der Bürgermeister von Fes, Tetouan und Agadir, trafen sich mit dem Kongress, um eine praxisorientierte Zusammenarbeit im Bereich der lokalen Demokratie zu beginnen. Während des Treffens, unter Vorsitz von Fathallah Oualalou, Bürgermeister von Rabat, wurde eine Präsentation der

Europäischen Woche der lokalen Demokratie (EWLD) und deren Hauptthema für 2012: „Menschenrechte schaffen integrativere Gemeinschaften“ erstellt. Die Gemeindevertreter erklärten sich zur Teilnahme an der EWLD bereit und verpflichteten sich, Initiativen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit ab Oktober 2012 durchzuführen.

- **Neue Internetplattform** (Straßburg, 8. August 2012)

Die EWLD findet jedes Jahr in der Woche des 15. Oktober statt. 2012 fand sie vom 15.-21. Oktober statt. Die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften der 47 Mitgliedstaaten des Europarats sind aufgefordert, teilzunehmen und in ihren Gemeinden Veranstaltungen durchzuführen. Um die Aufgabe der teilnehmenden Gemeinden zu erleichtern, wurde die neue EWLD-Internetplattform innovativ verändert.

- **Start in Albanien** (Tirana, 5. Oktober, 2012)

Ein internationales Seminar zum Thema „Stärkung der demokratischen Partizipation der Bürger an den Entscheidungsprozessen der Kommune“ startete die Europäische Woche der lokalen Demokratie (EWLD) in Albanien. Das Seminar wurde im Rahmen des albanischen Vorsitzes des Ministerkomitees organisiert.

- **EWLD 2012** (15.-21. Oktober 2012)

130 Gemeinden und Partnerorganisationen aus 29 Staaten meldeten sich zur aktiven Teilnahme an der EWLD an, u.a. 18 „12-Sterne“-Städte. Sie organisierten über 300 Aktivitäten, die zum Ziel hatten, kommunal gewählte Vertreter und ihre Bürger zusammenzuführen.

e. **Interkultureller Dialog**

- **SPARDA-Konferenz** (Brüssel, 13. Juni 2012)

Die Konferenz im Rahmen des gemeinsamen Programms von Europarat und Europäischer Union SPARDA - „Shaping Perceptions and Attitudes to Realise the Diversity Advantage“ – wurde gemeinsam vom Ausschuss der Regionen und vom Kongress geleitet. Der Kongresspräsident lobte die Arbeit, die SPARDA im Hinblick auf die Vermittlung von Vielfalt und den Aufbau eines Dialogs über Fragen der Vielfalt mit der lokalen Bevölkerung geleistet hat. Er forderte ein neues Modell der partizipatorischen Demokratie, das auch Migranten und Minderheitengruppen einbezieht. Er hob insbesondere die Notwendigkeit hervor, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um den gleichen Zugang zu Sozialrechten und öffentlichen Diensten der ausländischen Bewohner sicherzustellen, um Vorurteile gegen Migranten zu bekämpfen und um das öffentliche Bewusstsein für ihre Kulturen und Beiträge zur örtlichen Gemeinde zu schärfen.

f. **Gleichstellung von Mann und Frau**

- **Konferenz über „Das politische und sozioökonomische Empowerment von Frauen“** (Istanbul, 5. November)

Der Kongress wurde bei dieser Konferenz, die vom Nord-Süd-Zentrum ausgerichtet wurde, durch ihre thematische Berichterstatterin Dubravka Suica (Kroatien, EVP/CD) vertreten, die die Notwendigkeit für einen gesetzlichen Rahmen betonte, um die Partizipation von Frauen in der Gesellschaft und in der Politik sicherzustellen. Sie stellte die Arbeit des Kongresses in diesem Bereich vor, einschließlich seiner Quotenregelung, die 2008 für die Vertretung von Frauen in seinen 47 nationalen Delegationen erlassen wurde, und seiner Entschließung und Empfehlung über „Erreichen einer nachhaltigen Gleichstellung der Geschlechter im lokalen und regionalen politischen Leben“, in denen der Kongress Frauen ermutigt, sich als Kandidatinnen zur Wahl zu stellen.

g. Rechte des Kindes

Die Arbeit des Kongresses zur Förderung der Rechte des Kindes und zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern ist sowohl Teil der neuen Strategie zur Umsetzung der rechtlichen Standards zum Schutz und zur Förderung der Rechte des Kindes, im Februar 2012 vom Europarat verabschiedet, als auch der ONE in FIVE-Kampagne zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder, die 2010 von der Organisation gestartet wurde.

Die Strategie konzentriert sich auf vier Hauptziele: Förderung von kindgerechten Systemen und Diensten, Eliminierung aller Formen von Gewalt gegen Kinder, Schutz der Rechte besonders gefährdeter Kinder und Förderung der Partizipation von Kindern. Der Kongress setzt seine Bemühungen fort, eine wirksame Umsetzung der Strategie durch die Kommunen zu erreichen. Am 25. Oktober 2012 nahm der Kongress am ersten Treffen der Arbeitsgruppe Kinder des Europarats teil, die eingesetzt wurde, um die Aktivitäten der zahlreichen Einheiten des Europarats in Bezug auf die Umsetzung der Strategie zu koordinieren.

Mit dem Pakt der Städte und Regionen namens „Stoppt sexuelle Gewalt gegen Kinder“ wird der Kongress auch weiterhin die lokalen und regionalen Dimensionen der ONE in FIVE-Kampagne weiterentwickeln.. Das Ziel dieses Paktes, das vom Kongress-Büro im September 2012 angenommen wurde, lautet, die Gemeinde- und Regionalräte und Parlamente in ganz Europa im Hinblick auf diese Kampagne zu mobilisieren. Er enthält konkrete Maßnahmen, die auf lokaler und regionaler Ebene durchgeführt werden sollen, um lokale Dienste kindgerecht zu gestalten, Kinder zu schützen und dazu beizutragen, sexuelle Gewalt in den Gemeinden zu verhindern.

Der Pakt wurde den nationalen Gemeinde- und Regionalverbänden bei der Hauptversammlung in Straßburg im September 2012 und dem Ausschuss der Vertragsparteien zur Lanzarote-Konvention im Oktober 2012 vorgelegt.

Der Pakt steht online auf der Webseite des Kongresses zur Unterzeichnung durch Städte und Regionen zur Verfügung. Der Kongress plant außerdem die Entwicklung eines mobilen Projekts der europäischen Städte und Regionen, um sie in die Umsetzung des Paktes in ihren Gemeinden einzubeziehen.

Als Teil seines Beitrags zur ONE in FIVE-Kampagne hat der Kongress außerdem auf seiner 23. Tagung (Oktober 2012) einen Bericht über „Regionale Gesetzgebung und Maßnahmen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ sowie die Entschließung 350 (2012) und Empfehlung 332 (2012) angenommen, in denen die Parlamente und regionalen Verwaltungen aufgefordert werden, das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Organisation ihrer Schutzmaßnahmen, Sozial- und Gesundheitsdienste umzusetzen und die Bestimmungen des Übereinkommens, sofern möglich, in die regionale Gesetzgebung aufzunehmen.

6. Kooperationsmaßnahmen und Partnerschaften

a. Externe Partnerschaften

i. Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

Der Kongress hat seine Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union fortgeführt.

Die Wahlbeobachtungsmissionen ermöglichen dem Kongress und dem AdR vor Ort eine Beurteilung der wahltechnischen Aspekte der kommunalen Demokratie. Der Kongress lädt die Vertreter des Ausschusses der Regionen zu gemeinsamen Vorwahl- und Wahlbeobachtungsmissionen ein, die er organisiert.

Der Kongress lädt die Vertreter des Ausschusses der Regionen auch ein, an den Debatten teilzunehmen, die während der Kongresssitzungen zur Annahme der Berichte stattfinden, die nach den Wahlbeobachtungsmissionen verfasst werden.

Die Berichterstatter des Kongresses wurden eingeladen, am 4. Dezember 2012 in Brüssel an der Sitzung der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) teilzunehmen, bei der die Beobachtungsmissionen für Serbien, Armenien und Bosnien-Herzegowina unter Leitung des Kongresses und Teilnahme von AdR-Vertretern geprüft werden.

Am 27. April 2012 nahm der Generalsekretär des Kongresses an der 13. CIVEX-Sitzung teil, und am 22. Mai 2012 stellte er in Sarajevo der Arbeitsgruppe für den westlichen Balkan die Monitoring-Tätigkeit des Kongresses in Bosnien-Herzegowina vor.

Der Kongress wurde beim Seminar „Lokale Demokratie und gute Governance“, das am 21. Juni 2012 auf Initiative der CIVEX in Dubrovnik im Rahmen des EU-Paktes zum Schutz der gesetzmäßigen Wirtschaft stattfand.

Am 18. Juli 2012, im Rahmen der 96. Plenarsitzung des AdR, hielten der Generalsekretär des Ausschusses der Regionen und der Generalsekretär des Kongresses ein operatives Treffen im Hinblick auf die laufende Umsetzung der Zusammenarbeit der beiden Institutionen ab.

Am 17. September 2012 wurde der Kongress beim CORLEAP-Jahrestreffen (Konferenz der regionalen und lokalen Behörden für die östliche Partnerschaft) in Chisinau vertreten. Die Bedeutung und die Vorteile der Kongresstexte wurden von den Teilnehmern geprüft und in die Abschlusserklärung der Konferenz aufgenommen. Die Erklärung, die von den sechzehn Mitgliedern des AdR und den sechzehn Vertretern der Gemeinde- und Regionalverbände der sechs EAP-Partnerstaaten, von denen viele Mitglieder des Kongresses sind, einstimmig angenommen wurde, ebnete den Weg für einen tiefergehenden politischen Dialog und für konkrete Maßnahmen, die 2013 ergriffen werden. Während des Treffens wurde Emin Yeritsyan, (Armenien, EVP/CD) für das Jahr 2013 zur stellvertretenden Vorsitzenden von CORLEAP gewählt.

Die Position des Kongresses im Hinblick auf den Zugang zur Justiz wurde beim „4th Annual Dialogue on Multi-Level Protection and Promotion of Fundamental Rights“ präsentiert, der am 24. September 2012 in Brüssel stattfand.

Abschließend präsentierte der Kongress der CIVEX am 24. September 2012 in Brüssel sein Fachwissen und seine Positionen zum Thema Wahlrechte und Wahlbeobachtung.

ii. Netzwerke

• Verband der Agenturen für Demokratie (ALDA)

Der Kongress überwacht weiterhin eng die Weiterentwicklung von ALDA und ist regelmäßig bei seinen wichtigsten Treffen und in seinen Entscheidungsgremien vertreten.

Am 7. Juni nahm der Kongress in Udine an der Hauptversammlung von ALDA und an der internationalen Konferenz zum Thema „Ermächtigung der Bürger und Stärkung der lokalen Verwaltung in den Nachbarstaaten: Erfahrungen und Chancen vom Osten nach Süden“ teil. Der Kongresspräsident betonte die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Initiativen in den südlichen Ländern des Mittelmeeres und den südosteuropäischen Staaten, die die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und der NRO im Hinblick auf die Förderung der Demokratie auf lokaler Ebene zum Ziel haben. Er forderte neue Kooperationsprogramme zur Stärkung der Basisdemokratie, die die lokalen Agenturen für Demokratie in Südosteuropa und im südlichen Kaukasus einbinden.

Die Präsidenten der ALDA und des Kongresses nahmen am 17. Oktober 2012 am Treffen des Verbands der Verbände in Straßburg an einem Meinungsaustausch teil.

- **Netzwerk von Verbänden der Gebietskörperschaften Südosteuropas (NALAS)**

Dieses Netzwerk, das auf Initiative des Kongresses im Jahr 2001 gegründet wurde, ist weiterhin ein besonderer Partner des Kongresses bei seiner Tätigkeit in Südosteuropa.

Beim Jahrestreffen der Präsidenten der Mitgliedsverbände der NALAS vom 14.-16. Juni 2012 in Tulcea wurden die Schlüsselrolle des Kongresses und der NALAS im Hinblick auf die Umsetzung der für die gemeinsame Agenda vorgesehenen Prioritäten diskutiert, die auf der Konferenz der für die kommunale und regionale Verwaltung zuständigen Minister in Kiew besprochen wurden.

Der Kongress nahm am 1. und 2. November 2012 an der von der NALAS in Budva organisierten Konferenz über die Zukunft der steuerlichen Dezentralisierung in Südosteuropa teil.

iii. **Europäische Verbände der Gemeinden und Regionen**

Der Kongress widmet der Zusammenarbeit mit den Verbänden, die die Regionen in Europa vertreten, weiterhin große Aufmerksamkeit.

- **Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE):**

Am 31. Mai 2012 hielt der Präsident der Kammer der Regionen, Herwig Van Staa, in Innsbruck ein Treffen mit dem Präsidenten von CALRE (und REGLEG) ab, um die zukünftige Zusammenarbeit zu stärken. Regionale institutionelle Modelle und die regionale Demokratie wurden als Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit identifiziert.

- **Versammlung der Regionen Europas (AER)**

Am 21. September 2012 wurde der Kongress beim Gipfeltreffen zum Thema „Die Krise und die Regionen“ vertreten, das von der AER in Pescara ausgerichtet wurde.

Der Kongresspräsident Keith Whitmore nahm am 8. Oktober 2012 an der Plenartagung des Regionalen Jugendnetzwerks der AER in Straßburg teil.

Zusammen mit der AER und der Region Elsass organisierte die Kammer der Regionen am 10. Oktober 2012 im Rahmen des Weltforums für Demokratie des Europarats einen Runden Tisch zum Thema „Regionalisierung und Demokratie“.

Der Kongress nahm am 12. Oktober 2012 an der Vollversammlung in Straßburg teil.

- **Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG)**

Am 31. Mai 2012 hielt der Präsident der Kammer der Regionen in Innsbruck ein Treffen mit dem Präsidium der REGLEG (und CALRE) ab und legte die Grundlagen für die Stärkung der zukünftigen Zusammenarbeit fest.

- **Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AEBR)**

Am 8.-9. November 2012 vertraten die neu gewählte Präsidentin der Kammer der Regionen, Nataliya Romanova (Ukraine, ULGD), in Berlin den Kongress bei der Hauptversammlung und Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der europäischen Grenzregionen.

b. **Länderspezifische Kooperation und Partnerschaften**

Eine der Prioritäten des Kongresses für 2011–2012 war die Umsetzung gezielter Kooperationsprogramme. Um konkrete Ergebnisse zu erzielen, trat der Kongress in einen

Dialog mit lokalen und regionalen Vertretern und bezog weitere institutionelle Partner ein. Der Kongress wirkt damit an einer neuen Maßnahme mit, die auf kommunaler und regionaler Ebene gewählte Amtsträger in Europa beim Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit und Führungsqualitäten unterstützt.

Im Rahmen der neuen Politik des Europarats im Hinblick auf Nachbarregionen weitet der Kongress außerdem seine Tätigkeit auf Nichtmitgliedstaaten aus, insbesondere jene des südlichen Mittelmeerraums.

i. Aktionsplan für die Ukraine

Der Kongress trat dem Aktionsplan des Europarats für die Ukraine bei, indem er zu ihrer kommunalen Demokratie beiträgt. Diese Aktionen sollen jene des Fachzentrums für die Reform der Kommunalverwaltung ergänzen und die europäische Reformagenda für die Ukraine im Bereich der kommunalen und regionalen Demokratie unterstützen.

Die Bürgermeister und Präsidenten der Regionen werden die wichtigsten Ansprechpartner für einen integrativen Prozess sein, der mit Unterstützung der Gemeinde- und Regionalverbände sowie Experten für lokale und regionale Demokratie durchgeführt wird. Die ukrainische Delegation beim Kongress wird hierbei eine wesentliche Rolle spielen, und internationale Netzwerke von Gemeinden und Regionen, wie z. B. der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) und die Versammlung der Regionen Europas (AER), werden ebenfalls in bestimmte Aktivitäten eingebunden.

ii. Eine gemeinsame Plattform für lokal und regional gewählte Vertreter in Albanien

Der Kongress möchte den Aufbau eines Dialogs zwischen den kommunal und regional gewählten Amtsträgern durch konkrete Maßnahmen zur Schaffung einer vereinigten Plattform für den Dialog auf der Grundlage des politischen Pluralismus zu unterstützen.

Seit Ende 2011 unterhält der Kongress Konsultationen mit den albanischen Stellen ab, die die verschiedenen politischen Ausrichtungen in Albanien repräsentieren, und er hat an den Versammlungen der zwei nationalen Gemeindeverbände teilgenommen, vor allem der am 12. Juni 2012.

Der Bürgermeister von Tirana, Lulzim Basha, sprach am 14. Juni 2012 in Tirana beim Treffen des Kongressbüros, das im Rahmen des albanischen Vorsitzes des Ministerkomitees stattfand. Weitere Treffen mit den wichtigsten albanischen Stellen fanden in diesem Kontext statt.

Des Weiteren haben der Kongress und das Fachzentrum ein gemeinsames Projekt für 2012-2015 erarbeitet, um die kommunalen Verwaltungsstrukturen und die Zusammenarbeit der lokal gewählten Amtsträger in Albanien zu stärken. Die Schweiz hat dem Europarat einen freiwilligen Beitrag für die Umsetzung dieses Projektes gegeben, das Ende 2012 beginnen wird.

iii. Kooperation mit Marokko

Der Kongress hat eine Zusammenarbeit mit Marokko auf der Grundlage von Peer-to-Peer-Übungen und der Anwendung der in den Gründungstexten des Kongresses festgelegten Grundsätzen begonnen, z. B. der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, dem Referenzrahmen für regionale Demokratie, dem Europäischen Verhaltenskodex für die politische Integrität der Vertreter von Gemeinden und Regionen. Er schlägt eine Unterstützung der Gesetzgebungsmaßnahmen vor, u.a. die Vorbereitung eines Grundgesetzes für Regionalisierung, die Unterstützung der zahlreichen Phasen des Wahlprozesses, die Gewährung eines Sonderstatus für Vertreter der kommunal und regional

gewählten Amtsträger im Kongress und die Teilnahme einiger marokkanischer Städte an der Europäischen Woche der lokalen Demokratie.

Bei den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung im April und Juni traf sich das Kongresssekretariat mit einer Delegation marokkanischer Parlamentarier, die die Idee eines Beitrags des Kongresses zu den aktuellen Diskussionen herzlich begrüßten, die zur Annahme einer neuen Gebietsgliederung in Marokko führen werden.

Nach diesem Treffen führte am 11. Juli 2012 eine Kongressdelegation einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern beider Kammern des marokkanischen Parlamentes und Vertretern der Venedig-Kommission durch. Diese Gespräche konzentrierten sich auf das Projekt der verstärkten Regionalisierung in Marokko und auf den Gesetzesentwurf, der die Gebietskörperschaften in Marokko neu gliedern wird.

Darüber hinaus setzte der Kongress, zusätzlich zu dieser institutionellen Arbeit, seine *Annäherung* zu Akteuren in diesem Bereich fort. Die gewählten Amtsträger mehrerer marokkanischer Gemeinden kündigten an, dass sie an der Europäischen Woche der lokalen Demokratie teilnehmen werden, und verpflichteten sich für Oktober 2012 zur Durchführung von Initiativen, die die Allgemeinheit einschlossen (siehe oben in Abschnitt 5.d. „Bürgerpartizipation“).

iv. Kooperation mit Tunesien

Der Besuch in Tunis durch eine gemeinsame Delegation aus COPPEM (Ständiger Ausschuss der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft der Gemeinden und Regionen) und ATO (Arabischer Städteverband), die vom Kongresspräsidenten durchgeführt wurde, identifizierte die zwei größten Bedürfnisse Tunesiens: finanzielle Nothilfe für Infrastruktur und institutionelle Unterstützung, um die für eine Entwicklung echter Demokratie notwendigen Bedingungen zu schaffen.

Der Aktionsplan des Europarats wird auf dieser Ebene seinen Beitrag leisten. Der Kongress wird eingreifen, indem er im Bereich der kommunalen und regionalen Demokratie zur Arbeit der nationalen verfassungsgebenden Versammlung beiträgt, kommunal und regional gewählten Amtsträgern aus Tunesien beim Kongress einen „Sonderstatus“ gewährt, mit dem zukünftigen Parlament Fachwissen über Wahlprozesse austauscht und eine Zusammenarbeit mit dem Nationalverband und den neu gewählten Vertretern aufbaut.

Der Kongress hat sich außerdem verpflichtet, Initiativen in Bezug auf die demokratische Governance zu unterstützen, die von anderen Gremien des Europarats und internationalen Organisationen und europäischen Verbänden durchgeführt werden, u.a. der Versammlung der Regionen Europas (AER) und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR).

Der Kongress hat seine Kontakte zu den tunesischen Stellen im Rahmen der institutionellen Unterstützung durch den Europarat fortgesetzt. Er wurde eingeladen, an einer Anhörung der Venedig-Kommission durch die verfassungsgebende Nationalversammlung (ANC) Tunesiens teilzunehmen, gefolgt von einem Treffen des konstituierenden Ausschusses der ANC der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften am 26. Juli 2012 in Tunis. Dieses Treffen folgte einem Treffen am 5. Juli 2012 in Straßburg zwischen Vertretern desselben Ausschusses, der Venedig-Kommission und des Kongresses.

Die Zusammenarbeit mit Mitgliedern der ANC und der Venedig-Kommission wird fortgesetzt, die mit einer Stellungnahme zum Verfassungsentwurf begann. Der Kongress nahm an einem Meinungsaustausch teil, der am 12. Oktober 2012 in Wien stattfand. Des Weiteren schickte der Kongress der ANC am 9. November einen Informationsvermerk über Kapitel 6 des Verfassungsentwurfs bezüglich „kommunale Befugnisse“.

ANHÄNGE

1. Wahl der neuen Kongressleitung während der 23. Tagung (15.-18. Oktober 2012)

PRÄSIDENT DES KONGRESSES

Herwig VAN STAA (Österreich, EVP/CD)

LEITUNG DER KAMMERN

Präsident der Kammer der Gemeinden: Jean-Claude FRÉCON (Frankreich, SOZ)

1. Vizepräsident: Anders KNAPE (Schweden, EVP/CD)
2. Vizepräsidentin: Gaye DOGANOGLU (Türkei, EVP-CD)
3. Vizepräsidentin: John WARMISHAM (Großbritannien, SOZ)
4. Vizepräsident: Amy KOOPMANSHAP (Niederlande, SOZ)
5. Vizepräsident: Marc COOLS (Belgien, ULDG)
6. Vizepräsidentin: Emilio VERRENGIA (Italien, EVP/CD)
7. Vizepräsidentin: Dubravka SUICA (Kroatien, EVP/CD)

Präsidentin der Kammer der Regionen: Nataliya ROMANOVA (Ukraine, ULDG)

1. Vizepräsident: Michael O'BRIEN (Irland, SOZ)
2. Vizepräsidentin: Helena PIHLAJASAARI (Finnland, SOZ)
3. Vizepräsidentin: Gunn Marit HELGESEN (Norwegen, EVP-CD)
4. Vizepräsident: Urs WÜTHRICH-PELLOLI (Schweiz, SOZ)
5. Vizepräsident: Clemens LAMMERSKITTEN (Deutschland, EVP-CD)
6. Vizepräsidentin: Svetlana ORLOVA (Russische Föderation, EVP-CD)
7. Vizepräsidentin: Ludmila SFIRLOAGA (Rumänien, SOZ)

Die 2 Präsidenten der beiden Kammern und die 14 VizepräsidentInnen dieser Kammern sind VizepräsidentInnen des Kongresses.

AUSSCHUSSLEITUNG

Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses: Lars O. MOLIN (Schweden, EVP/CD)

1. stellvertretende Vorsitzende: Devrim CUKUR (Türkei, SOZ)
2. stellvertretende Vorsitzende: Irene LOIZIDOU (Zypern, EVP-CD)
3. stellvertretende Vorsitzende: Jos WIENEN (Niederlande, EVP-CD)
4. stellvertretender Vorsitzender: Andree BUCHMANN (Frankreich, SOC)
5. stellvertretender Vorsitzender: Alexander USS (Russische Föderation, EVP-CD)

Vorsitzender des Governance-Ausschusses: Karl-Heinz LAMBERTZ (Belgien, SOZ)

1. stellvertretende Vorsitzende: Britt-Marie LOVGREN (Schweden, ULDG)
2. stellvertretende Vorsitzende: Sevdia UGREKHELIDZE (Georgien, EVP-CD)
3. stellvertretender Vorsitzender: Henry FERAL (Frankreich, EVP-CD)
4. stellvertretende Vorsitzende: Amrit MEDIRATTA (Großbritannien, ECR)
5. stellvertretender Vorsitzender: Mustafa AYGUN (Türkei, ECR)

Vorsitzender des Ausschusses für aktuelle Angelegenheiten : Farid MUKHAMETSHIN (Russland, ULDG)

1. stellvertretende Vorsitzende: Angelika KORDFELDER (Deutschland, SOZ)
2. stellvertretende Vorsitzende: Ana ALOS LOPEZ (Spanien, EVP-CD)
3. stellvertretende Vorsitzende: Snezhina MADZHAROVA (Bulgarien, EVP-CD)
4. stellvertretender Vorsitzender: Enes OZKARSLI (Türkei, EVP-CD)

5. stellvertretender Vorsitzender: nicht besetzt

LEITUNG DER POLITISCHEN GRUPPEN

Es gibt im neuen Kongress vier politische Gruppen sowie 160 Mitglieder, die keine erklärte politische Zugehörigkeit haben (NI).

Europäische Volkspartei - Christdemokraten (EVP-CD) - 208 Mitglieder
Präsident: Artur TORRES PEREIRA (Portugal)

Sozialistische Gruppe (SOZ) - 154 Mitglieder
Präsidentin: Gudrun MOSLER-TÖRNSTRÖM (Österreich)

Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe (ULDG) - 83 Mitglieder
Präsident: Knud ANDERSEN (Dänemark)

Europäische Konservative & Reformisten (ECR) - 29 Mitglieder
Präsident: Halldor HALLDORSSON (Island)

2. Prioritäten 2013-2016

23. TAGUNG

CG(23)5 AMDT

16. Oktober 2012

Das Kongressbüro

Berichtersteller: Lars O. Molin, Schweden (L, EVP/CD^{*})

Karl-Heinz Lambertz, Belgien (R, SOZ¹)

Zusammenfassung

Seit 2010 hat sich der Kongress insbesondere auf die Entwicklung und die Förderung der kommunalen und regionalen Demokratie durch die Stärkung seiner Aktivitäten in den Bereichen Monitoring, Wahlbeobachtung und Förderung der Menschenrechte auf kommunaler und regionaler Ebene konzentriert. Darüber hinaus hat er auch die Zusammenarbeit und die Partnerschaft in Bezug auf die Monitoringtätigkeit ausgebaut. Er hat seinen politischen Dialog mit den Mitgliedstaaten und dem Ministerkomitee und seine Beziehungen zu anderen institutionellen Partnern verstärkt, i.e. Parlamentarische Versammlung, Menschenrechtskommissar, Venedig-Kommission.

Aber die Anpassung des Kongresses an den Wandel fand innerhalb eines europäischen Kontextes statt, der durch eine besonders schwere Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet ist, die auch die Gemeinden und deren Fähigkeit beeinträchtigt, ihre Aufgaben im Hinblick auf die Bürger in vollem Umfang zu erfüllen. Das Ausmaß dieser Krise macht es erforderlich, die verschiedenen Ebenen der kommunalen und regionalen Regierungsführung zu überdenken und wie diese funktionieren und wie Antworten für neue Herausforderungen gefunden werden können.

Die Prioritäten, die der Kongress für 2013-2016 festgelegt hat, sollen ihn in die Lage versetzen, sich weiterhin an den Wandel anzupassen und gleichzeitig seine Tätigkeit in seinen Bereichen zu stärken, den Bedürfnissen der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie deren Bürgern noch enger Rechnung zu tragen und sichtbare und dauerhafte Ergebnisse in diesem Bereich zu schaffen.

Entschließung 341 (2012)[†]

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas:

1. ist die Versammlung der Gemeinden und Regionen des Europarats und trägt dazu bei, die Partizipation der Gemeinden, ihrer gewählten Amtsträger und Bürger im Hinblick auf die Schaffung eines Europas sicherzustellen, in dem Demokratie, Rechtsstaatsprinzip und Menschenrechte geachtet werden;

^{*} L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen

ULDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe des Kongresses

EVP/CD: Europäische Volkspartei - Christdemokraten des Kongresses

SOZ: Sozialistische Gruppe des Kongresses

ECR: Europäische Konservative und Reformisten

NI: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören

NPA: Keine politische Zugehörigkeit

[†] Diskussion und Annahme durch den Kongress am 16. Oktober 2012, 1. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)5](#), Anhang),

Rapporteurs: L. O. Molin, Schweden (L, EVP/CD) und K-H. Lambertz, Belgien (R, SOZ).

2. hat seine politischen und administrativen Strukturen und seine Verfahrensabläufe reformiert, was eine Stärkung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen institutionellen Partnern und den Dialog mit den Mitgliedstaaten ermöglicht hat;

3. hat seine Prioritäten 2011-2012 im Rahmen seiner statutarischen Funktionen umgesetzt, auf der Grundlage der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Referenzrahmens für regionale Demokratie und in Übereinstimmung mit den neuen Prioritäten des Europarats;

4. erstellt seine neuen Prioritäten und einen Plan seiner Tätigkeit bei jeder neuen Tagung des Kongresses;

5. befürwortet in vollem Umfang, unter Berücksichtigung des angehängten Projekts der Prioritäten 2013-2016, die allgemeine Ausrichtung im Hinblick auf:

- die Verbesserung der Qualität der kommunalen und regionalen Demokratie und Regierungsführung, Menschenrechte und des Rechtsstaatsprinzips in den Mitgliedstaaten des Europarats,
- die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind,
- die Entwicklung der Zusammenarbeit und von Partnerschaften;

6. nimmt aus diesem Grund die Prioritäten an und weist sein Präsidium an, diese umzusetzen.

ANHANG

1. EINLEITUNG

1. Der Kongress ist beim Europarat die Versammlung der kommunalen und regionalen Vertreter. Er spricht für über 200.000 kommunale und regionale Gebietskörperschaften und stellt die Partizipation ihrer gewählten Amtsträger und der Bürger im Hinblick auf den Aufbau eines Europas sicher, das Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte achtet.

2. Um sich den neuen Herausforderungen der tiefgreifenden Veränderungen in Europa anzupassen, wo nicht nur eine zuvor nie gesehene Wirtschaftskrise herrscht, sondern auch viele Fragen gestellt werden, was es bedeutet, Europäer zu sein, hat der Kongress seit 2009 seine Ziele, seine Tätigkeit und seine Arbeitsmethoden überarbeitet, und dies hat zu einer weitreichenden Reform seiner Charta und seiner Statutarischen EntschlieÙung sowie seiner Geschäftsordnung und seines Sekretariats geführt.

3. Durch eine neue Fokussierung auf seine neuen Prioritäten, neue politische und administrative Strukturen und die Annahme eines operativen Ansatzes, der auf praktische Ergebnisse abzielt, hat der Kongress sich als wichtiger Partner für Fragen der kommunalen und regionalen Demokratie beim Europarat etabliert.

4. Gleichzeitig hat der Europarat eine allgemeine Reform begonnen, die dem Kongress ermöglicht hat, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen institutionellen Partnern zu stärken und den Dialog mit den Mitgliedstaaten zu verbessern. Der Kongress wird sich der Aufgabe stellen, die lokalen und regionalen Ebenen der politischen Verwaltung durch seine Empfehlungen zu erreichen, indem er ein kontinuierliches Follow-up betreibt und eine Kommunikationsstrategie mit den nationalen Gemeinde- und Regionalverbänden etabliert, deren Arbeit ausschlaggebend für das Erreichen der gewählten Amtsträger ist.

5. Diese neuen Ausrichtungen haben auch zur Zusammenarbeit mit Partnern geführt, u.a. der Europäischen Union und den Behörden der Staaten, die unter die Politik der Nachbarregionen fallen.

Umsetzung der Prioritäten 2011-2012

6. Der Kongress hat sich darauf konzentriert, die lokale und regionale Demokratie zu entwickeln und zu fördern und hat dem Monitoring-Prozess einen neuen Impuls verliehen: Monitoring-Besuche werden jetzt häufiger, regelmäßiger und systematischer durchgeführt und sind vor Ort in den betroffenen Staaten offener für den politischen Dialog. Dem Follow-up der Berichte wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um die Wirkung der Empfehlungen und Entschlüsse sicherzustellen.

7. Das Wahlbeobachtungsprogramm wurde erweitert; die Beobachtungsaufgaben wurden ausgebaut und decken nun den gesamten Wahlvorgang ab und es wurde ein Training zum Thema Wahlbeobachtung durchgeführt.

8. Die Kooperations- und Partnerschaftsarbeit wurde ebenfalls ausgeweitet, insbesondere um praxisnahe Antworten auf Probleme anzubieten, die während des Monitoring und der Wahlbeobachtungen festgestellt wurden. Zu diesem Zweck wurden die Beziehungen zu den anderen institutionellen Partnern, i.e. dem Ministerkomitee, der Parlamentarischen Versammlung, dem Menschenrechtskommissar und der Venedig-Kommission, und zu den operativen Direktionen des Europarats ausgebaut.

9. Das Ministerkomitee unterstützte diese Entwicklungen und forderte seine Berichterstattegruppen auf, in einen Dialog mit dem Kongress zu treten, wann immer ihre Arbeit vom Beitrag des Kongresses profitieren könnte.

10. Kommunal und regional gewählte Amtsträger tragen im Hinblick auf die Absicherung der Grundrechte ihrer Bürger und ihrer Partizipation am demokratischen Prozess eine große Verantwortung. Der Kongress rief seine Mitglieder auf, die schutzbedürftigsten Gruppen zu schützen und sich für eine größere Bürgerbeteiligung am Leben der Gemeinden und der Regionen einzusetzen.

11. Er trug aktiv zu den Kampagnen des Europarats zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und zur Politik der Nachbarregionen bei, die insbesondere die Staaten des südlichen Mittelmeerraums betrifft. Er hat seine Partnerschafts- und Kooperationsvereinbarungen ausgebaut und aktiv zur Arbeit anderer Institutionen beigetragen, während er sich gleichzeitig seiner Aufgabe in ergänzender Weise gewidmet hat, die einen Mehrwert sichergestellt hat.

12. Der Kapazitätsausbau von Klein- und Großstädten und Regionen, die Förderung guter Governance und Ethik, die Umsetzung einer effektiven Integrationspolitik und sein Beitrag zum Aufbau eines gegenseitigen Verständnisses an der Basis waren die Ziele, die der Kongress durch seine Programme verfolgt hat und die er auch in den kommenden Jahren verfolgen wird.

Wieder aufgenommener Dialog mit dem zwischenstaatlichen Sektor

13. Der Bericht von Manuel Chaves, ehemaliger spanischer Minister für Gebietspolitik und öffentliche Verwaltung, über mehrstufige Governance beim Europarat wurde im November 2011 auf der Konferenz der für die kommunale und regionale Verwaltung zuständigen Minister in Kiew einstimmig angenommen. Er betont die wichtige Rolle der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung für alle Aktivitäten des Europarats in diesem Bereich und unterstreicht, dass das Monitoring der Charta Teil des gesetzlichen Mandats des Kongresses sei.

14. Er hebt auch die Notwendigkeit hervor, die stabilen politischen Beziehungen zwischen der Ministerkonferenz und dem Kongress zu stärken.

15. Der Chaves-Bericht empfiehlt, in einem Prozess, der auch die Parlamentarische Versammlung und NRO einbindet, eine gemeinsame Agenda für Bereiche mit einem gemeinsamen Interesse zu erstellen, z. B. Monitoring der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die kommunale und regionale Verwaltung, die Stärkung der

demokratischen Bürgerbeteiligung, die Entwicklung eines Konzepts der mehrstufigen Governance, die Förderung der Menschenrechte auf kommunaler und regionaler Ebene und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

16. Der Bericht wurde vom Kongress in Gänze befürwortet, der seine Partner drängt, die gemeinsame Agenda umzusetzen, und er wird sicherstellen, dass die thematischen Vorschläge zentraler Teil seiner Prioritäten für die kommenden Jahre werden.

17. Die in diesem Dokument beschriebenen Prioritäten und Maßnahmen könnten damit dazu beitragen, die zukünftigen Elemente der gemeinsamen Agenda zu identifizieren.

2. DIE PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN DES KONGRESSES FÜR 2013-2016

18. Von 2013 bis 2016 wird sich die Arbeit des Kongresses an drei wichtigen Zielen orientieren:

- i. Steigerung der Qualität der kommunalen und regionalen Demokratie und Menschenrechte in Europa
- ii. Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind
- iii. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und von Partnerschaften.

19. Diese Arbeit wird regelmäßig beurteilt und angepasst, gemäß den Prioritäten des Europarats und auf der Grundlage von Konsultationen mit allen Partnern des Kongresses.

I. Steigerung der Qualität der kommunalen und regionalen Demokratie und Menschenrechte in Europa

20. Im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse hat der Kongress die Aufgabe, den Standard der lokalen und regionalen Demokratie in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Im Verlauf seiner Reform in den Jahren 2010 und 2011 hat der Kongress eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, die auf die Annahme eines operativeren, konkreteren und ergebnisorientierteren Ansatzes abzielt. Insbesondere hat er begonnen, seine Arbeit erneut auf ein umfassenderes und hochwertigeres Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie auszurichten, vor allem durch eine Verstärkung seines Dialogs mit den Regierungen.

21. Er hat die Beobachtung der kommunalen und regionalen Wahlen besser strukturiert und kodifiziert und hat ein besseres Follow-up seiner Empfehlungen etabliert. Er hat außerdem die lokale und regionale Dimension der Menschenrechte als neue Priorität eingeführt.

22. Diese Neuausrichtung wird Kernstück seiner Mission bleiben und in den kommenden Jahren Mittelpunkt seiner Tätigkeit und bei strategischen Entscheidungen richtungsweisend sein.

a) Monitoring der kommunalen und regionalen Demokratie

23. In der festen Überzeugung, dass die erste Reaktion in Krisenzeiten die Stärkung der Demokratie sein sollte, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, wird der Kongress auch weiterhin sicherstellen, dass die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung und der Referenzrahmen für regionale Demokratie einen dauerhaften und praktischen Einfluss haben.

24. Das Subsidiaritätsprinzip, das ein wichtiges Element der Charta und des Referenzrahmens ist, ist sogar in Zeiten der Krise noch wichtiger als sonst. Der Kongress wird daher seine Aufmerksamkeit der Konsultation und dem Dialog widmen, der von den nationalen Regierungen und von internationalen Organen, einschließlich des Kongresses, mit den Nationalverbänden der Gemeinden und Regionen etabliert wurde. Er wird des Weiteren den Austausch zwischen den Nationalverbänden fördern und dazu beitragen, die

Partizipation der Gemeinden und Regionen bei der Gestaltung der nationalen Politik und internationaler Programme zu ermöglichen.

25. Insbesondere wird der Kongress auch weiterhin sein Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie und die Prüfung der bestehenden Probleme fortführen. Ziel ist es, regelmäßig die Staaten zu überwachen und gemeinsame Probleme, innovative Maßnahmen und neue Lösungen zu identifizieren, die den Staaten helfen könnten, eine Politik der lokalen und regionalen Demokratie abzustecken. Der Kongress möchte nicht nur Probleme identifizieren, sondern auch versuchen, zusammen mit den betreffenden Staaten konkrete Lösungen zu finden. Die Entwicklung guter Praktiken durch das Vergleichen und Lernen voneinander ist in diesem Kontext der begrenzten Mittel sowohl eine geldsparende Lösung als auch ein Weg, um vergangene und aktuelle Erfahrungen zu berücksichtigen.

26. Zu diesem Zweck wird der Kongress transnationale Verfahren für die Evaluierung eines Monitoring entwerfen, um die Probleme zu identifizieren, die allgemein oder in mehreren Staaten auftreten. Dies wird ihm ermöglichen, dem Ministerkomitee Schlussfolgerungen vorzulegen und sektorübergreifende und/oder thematische Maßnahmen vorzuschlagen, die andere Einheiten des Europarats involvieren.

27. Er wird außerdem die Mitgliedstaaten auffordern, ihre Vorbehalte in Bezug auf die Charta der kommunalen Selbstverwaltung aufzuheben, wenn diese nicht mehr notwendig sein. Er wird die Staaten aufrufen, ihre nationale Situation zu beurteilen, damit sie alle verbleibenden Hürden im Hinblick auf den vollständigen Beitritt zur Charta identifizieren, und wird ihnen anbieten, nach praktischen Lösungen zu suchen. Er wird konkrete Maßnahmen zu diesem Zweck entwickeln (siehe Kapitel III).

28. Der Kongress verfolgt die Idee, die Mitgliedstaaten des Europarats in ein vereintes „100%iges Charta-Gebiet“ zu verwandeln, in dem die Charta eingehalten und ohne Unterschied angewendet wird und in dem die lokale und regionale Selbstverwaltung in optimaler Weise und unter angemessener Partizipation der Bürger umgesetzt wird.

29. Um auch weiterhin die Qualität seiner Monitoring-Tätigkeit zu verbessern, wird der Kongress spezielle und regelmäßige Trainingskurse für Mitglieder anbieten, die an seinen Monitoring-Besuchen als Berichterstatter teilnehmen.

30. Die Post-Monitoring-Tätigkeit wird damit ein wichtiger Teil des Arsenal des Kongresses werden, um konkreten Einfluss auf die lokale Demokratie zu nehmen. Um sicherzustellen, dass seine Empfehlungen umgesetzt werden, wird der Kongress zwischen den Monitoring-Besuchen die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten verfolgen, seine Informationen aktualisieren und die nationalen Stellen zu einem Feedback auffordern.

b) Förderung der Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene

31. Mit Unterstützung der institutionellen Partner innerhalb des Europarats, i.e. dem Menschenrechtskommissar, dem Ministerkomitee und seinem Lenkungsausschuss für Menschenrechte (CDDH), und außerhalb des Europarats, i.e. der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, wird sich der Kongress bemühen, die Menschenrechte auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern.

32. Aufgrund der engen Beziehung zwischen Bürgern und ihren gewählten Vertretern sind die kommunalen und regionalen Gremien am besten positioniert, um Probleme zu identifizieren, die sich ergeben, und um Maßnahmen für ihre Lösung durchzuführen. Die Zuständigkeiten der Gemeinden weiten sich zusammen mit ihren Entscheidungsbefugnissen aus. Ihr Bewusstsein für die relevanten Menschenrechtsfragen und Diskriminierungsprobleme (wie z. B. Geschlechterparität, Rechte von LGBT, behinderten Menschen, etc.) ist daher unerlässlich. Wenn z. B. Bürgermeister Entscheidungen im Hinblick auf Ereignisse treffen, die Fragen der öffentlichen Ordnung berühren, können sie in Konflikt mit Grundfreiheiten geraten, z. B. der Meinungsfreiheit oder dem Versammlungsrecht. Der Kongress hat die Aufgabe der Aufklärung über Menschenrechte bei gewählten Amtsträgern in den Mitgliedstaaten auf seine

Agenda gesetzt und entwickelt diesbezüglich Tools, so z. B. Indikatoren für die Datenerfassung und -analyse.

33. Daher wird jedem landesspezifischen Monitoring-Bericht von nun an ein Informationshinweis über Menschenrechte und kommunale und regionale Gebietskörperschaften angehängt. Es ist auch geplant, Fünf-Jahres-Berichte auf der Grundlage einer Vergleichsanalyse über die Situation in den Mitgliedstaaten zu verfassen, um allgemeine und wiederkehrende Fragen zu identifizieren, die dann wiederum Gegenstand von Aufklärungskampagnen sein können, z. B. bei der Europäischen Woche der lokalen Demokratie.

34. Der Kongress wird eine internationale Konferenz über die Schärfung des Bewusstseins kommunaler Vertreter für Menschenrechte einberufen, um Fragen bezüglich der Umsetzung der Menschenrechte auf kommunaler Ebene zu debattieren und einen Kongress-Aktionsplan zu diesem Thema vorzuschlagen.

c) Beobachtung von Kommunalwahlen

35. Von 2013 bis 2016 wird der Umfang der Wahlbeobachtung ausgeweitet, um die Mitgliedstaaten des Europarats zu einer Zone freier und fairer Kommunalwahlen zu machen. Zu diesem Zweck wird der Kongress die Zusammenarbeit mit seinen institutionellen Partnern innerhalb der Organisation ausweiten, insbesondere der Venedig-Kommission und der Parlamentarischen Versammlung, und außerhalb insbesondere mit dem EU-Ausschuss der Regionen, damit die Aktivitäten in abgestimmter, ergänzender Weise durchgeführt werden und eine überflüssige Wiederholung von Bemühungen vermieden wird.

36. Auch die Umsetzung der Empfehlungen, die nach Wahlbeobachtungen erlassen werden, wird enger überwacht, zum einen durch die systematische Berücksichtigung ihrer Schlussfolgerungen bezüglich der lokalen und regionalen Demokratie und zum anderen durch einen stärkeren Dialog mit dem Ministerkomitee und den Mitgliedstaaten.

37. Der Kongress wird sein Trainingsprogramm für die Wahlbeobachtung ausbauen, um die Wahlbeobachtung effektiver zu machen. Diese Trainingskurse können einzelne Aspekte der Wahlbeobachtung behandeln.

d) Förderung der Bürgerpartizipation

38. Die Qualität der Demokratie hängt auch vom Vertrauen ab, das die Bürger in ihre Institutionen und in ihre Partizipation am demokratischen Prozess setzen. Da die kommunalen Stellen der Basis am nächsten sind, sind sie am besten geeignet, positive Maßnahmen zu ergreifen und eine partizipatorische Demokratie zu fördern.

39. Die Einbeziehung der Bürger und das Führen eines Dialogs mit ihren gewählten Vertretern sind auf allen Ebenen der Regierungsführung wichtig. Dieser Dialog muss ohne Ausnahme alle Anwohner einbeziehen, insbesondere die Gruppen, die sich aktuell ausgeschlossen fühlen, i.e. junge Menschen, Migranten, Ausländer, Minderheiten, Roma, etc., zum Wohle der Mehrheit und der Minderheiten der Bevölkerung.

40. Der Kongress, mit Unterstützung verschiedener Partner und der Zivilgesellschaft, plant, zur Entwicklung lokaler und regionaler Initiativen für eine gesteigerte Partizipation aller Bürger beizutragen. In diesem Kontext wird er auch weiterhin die Europäische Woche der lokalen Demokratie fortführen, die die Bürger über die Bedeutung der partizipatorischen Demokratie in einer wachsenden Zahl von Städten und Regionen in ganz Europa aufklärt. Er wird die Mitwirkung von Städten und Verbänden ausweiten und die Interaktion mit anderen Programmen fördern, z. B. dem EU-Programm „Europa für Bürger“.

41. Die vom Kongress ergriffene Maßnahme wird auf den interkulturellen/interreligiösen Dialog auf lokaler Ebene fördern und den Gemeinden das Entwerfen einer interkulturellen Politik erleichtern. Der Kongress wird Angebote für politische Bildung und Menschenrechtsbildung entwickeln.

II. Den neuen Herausforderungen gerecht werden, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind

42. Die Anpassung des Kongresses an die Veränderungen hat in einem europäischen Kontext stattgefunden, der seit 2008 durch eine besonders schwere Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet ist. Die Schuldenkrise, von denen die meisten europäischen Staaten betroffen sind, faule Kredite und eine Haushaltssparpolitik haben ebenfalls Auswirkungen auf die Gemeinden und Regionen. Sie führen insbesondere zu Haushaltsentscheidungen, die sich auf die Fähigkeit der Gemeinden und Regionen auswirken können, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die größte Gefahr betrifft Sozialerstattungen und Hilfen für die schutzbedürftigsten Gruppen.

43. Die Krise geht einher mit anderen Herausforderungen: Misstrauen gegenüber politischen Führern, einer steigenden Nichtwählergruppe, Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Isolierung, steigendem Populismus.

44. Die Krise bietet jedoch auch eine Chance, bestehende operative Modelle und Methoden zu überprüfen, und führt zu der Notwendigkeit, frische Antworten für die bestehenden Herausforderungen zu finden.

45. Eine Möglichkeit, die Selbstverwaltung zu unterstützen, und den lokalen und regionalen Stellen bei den neuen Herausforderungen zu helfen, ist, eine nachhaltige Entwicklung und eine soziale und wirtschaftliche Modernisierung der Gesellschaften sicherzustellen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, der Informationskommunikation, grüner Technologien und der Umwelt.

46. Der Kongress wird sich, im Rahmen seines ehrgeizigen und proaktiven Ansatzes im Hinblick auf seine zukünftigen Prioritäten, insbesondere auf die Evaluierung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Überwindung der Schuldenkrise konzentrieren, um zu ermitteln, ob sie in Einklang stehen mit der „Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung“ und dem „Referenzrahmen für regionale Demokratie des Europarats“ und ob eine faire Verteilung der Finanzlast zwischen den Regierungsebenen gemäß dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewährleistet ist.

a) Ergreifen von Maßnahmen in Reaktion auf die Gefährdung der kommunalen und regionalen Finanzierung

47. In Zeiten von Wirtschaftskrisen sind Haushaltsentscheidungen schwierig und die Staaten könnten versucht sein, die Verteilung der Mittel neu zu strukturieren, häufig zum Nachteil der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Der Kongress, gemäß seiner gesetzlichen Zuständigkeiten, muss der Konsolidierung der Mittel, die den lokalen und regionalen Stellen übergeben werden, besondere Aufmerksamkeit widmen, um negativen Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken und die wesentliche Rolle dieser Stellen für die Demokratie anzuerkennen.

48. Der Kongress wird sich auch weiterhin für eine angemessene Finanzierung seiner Missionen einsetzen und eine faire Verteilung und Umverteilung von Geldern sowohl nationalen als auch internationalen Ursprungs unterstützen, wodurch er gewährleistet, dass die Haushalte ihnen ermöglichen, ihre Pflichten im Hinblick auf die Dienste für die kommunale Bevölkerung zu erfüllen.

49. Er wird auch Fragen in Bezug auf die Finanz- und Haushaltsdezentralisierung, die Entscheidungsautonomie und die Möglichkeiten, lokale Ressourcen bestmöglich zu nutzen, ansprechen.

50. Der Kongress wird auch dazu beitragen, die Solidarität zwischen den lokalen und regionalen Stellen im selben Land oder zwischen verschiedenen Ländern und verschiedenen Verwaltungsebenen zu fördern, damit sie nach gemeinsamen Lösungen suchen können, insbesondere im Hinblick auf ihre Schulden und den Umgang mit faulen Krediten.

b) Beitrag zur Diskussion der Reform der Gemeinden und Regionen

51. In vielen Mitgliedstaaten des Europarats hat die Krise das Engagement für eine Reform und Restrukturierung der verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Stellen verstärkt. Obwohl in manchen Fällen Reformen notwendig oder sinnvoll sind, sollten sie stets im Interesse der lokalen Bevölkerung und in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der Staaten laut Europäischer Charta der kommunalen Selbstverwaltung durchgeführt werden.

52. Der Kongress wird sicherstellen, dass die Reformierung und Restrukturierung der Gemeinden im Rahmen einer Konsultation und eines Dialogs mit den Nationalverbänden und gemäß der Charta und des Referenzrahmens für regionale Demokratie erfolgen, und dass sie auf eine Stärkung der lokalen und regionalen Demokratie und nicht auf deren Schwächung abzielen.

53. Der Kongress verpflichtet sich, die Rolle der zwischengeordneten kommunalen Stellen, die Entwicklung der Regionalisierung und die Reform der verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Verwaltung zu reflektieren.

c) Förderung guter Governance

54. In Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise unterstützt der Kongress alle Initiativen zur Förderung guter Governance, die auf dem transparenten Management öffentlicher Güter basieren. In diesem Sinne wird er sich auch weiterhin für die Gründung von Organen der Verwaltungs- und Finanzaufsicht einsetzen (z. B. Mediatoren und Rechnungshof).

55. Beispiele guter Praxis für das Funktionieren und das Management lokaler und regionaler Institutionen, die identifiziert wurden, werden den interessierten nationalen, lokalen und regionalen Stellen mitgeteilt.

d) Förderung der sozialen Integration

56. Die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften tragen eine große Verantwortung für die Sicherstellung der Achtung der Grundrechte der Bürger. Dieser Schutz ist besonders für die schutzbedürftigsten Gruppen erforderlich, die mehr Aufmerksamkeit und größerer Anstrengungen bedürfen. In einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die schwere finanzielle Einschränkungen mit sich bringt und zur Isolation der Gemeinschaft und zur Ablehnung Anderer seitens eines Teils der Bevölkerung führt, ist dieser Schutz besonders wichtig.

57. Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann auch die ländliche Abwanderung erhöhen und Probleme verschärfen, die mit einer unkontrollierten Entwicklung der Städte einhergehen. Der Kongress wird einen ausgewogenen Ansatz für die Entwicklung der Gesellschaften unterstützen und sich gleichzeitig für dynamische ländliche Regionen einerseits und die Schaffung der erforderlichen Bedingungen für die soziale Integration neuer städtischer Gruppen andererseits einsetzen.

58. Die Entschlossenheit kommunal und regional gewählter Amtsträger, gute Bedingungen für die Integration schutzbedürftiger Gruppen zu entwickeln oder zu erhalten, einschließlich Roma und Fahrender, hat die volle Unterstützung des Kongresses.

59. In diesem Geiste hat der Kongress eine Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma gestartet, deren Ziel es ist, einen Rahmen für die Kooperation und den Austausch zu schaffen, der zur Stärkung der Kapazität der Städte und Regionen in diesem Bereich beiträgt, effektive Integrationsmaßnahmen umsetzt und ein gegenseitiges Verständnis an der Basis etabliert.

60. Von 2013 bis 2016 wird die Allianz eine Reihe thematischer und sektorübergreifender Maßnahmen durchführen, die vom Kongress und seinen Partnern unterstützt werden, u.a.

dem Sondervertreter des Generalsekretärs des Europarats für Roma-Fragen, und die vorrangigen Bedürfnisse seiner Mitglieder in diesem Bereich erfüllen soll. Dieser Maßnahme folgen auf politischer Ebene Entschlüsse, die sich an die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften wenden, und Empfehlungen für die Regierungen.

61. Der Kongress wird sich außerdem weiterhin an den Kampagnen und Aktionen des Europarats beteiligen, besonders gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder, Menschenhandel und die Integration behinderter Menschen.

e) Stärkung des Engagements gewählter Amtsträger für ein ethisches Verhalten und die Bekämpfung von Korruption auf kommunaler und regionaler Ebene

62. Eine Auswirkung der Wirtschaftskrise war, den Wunsch der Menschen nach größerer Transparenz und Integrität der politischen Akteure und in den Behörden, die sie leiten, aufzudecken und zu betonen. Aus diesem Grund ist es für die lokalen und regionalen Vertreter noch wichtiger, gemäß ethischer Werte zu handeln und die Korruption zu bekämpfen.

63. Die vom Kongress in Messina (Italien) 2010 ausgerichtete Konferenz bestätigte die Gefahren, mit denen sich kommunale und regionale Stellen bei der Durchführung ihrer Pflichten konfrontiert sehen und unterstrich die Notwendigkeit, die Korruption auf kommunaler Ebene zu bekämpfen. Nach der Konferenz startete der Kongress eine Reihe von Maßnahmen und Studien zu diesem Thema.

64. Von 2013 bis 2016 wird der Kongress die operative Phase der Arbeit über Integrität und Korruption auf lokaler und regionaler Ebene beginnen, die gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen durchgeführt wird.

65. Der Kongress wird der Basis mehrere Maßnahmen vorschlagen, wobei die Ergebnisse der durchgeführten Studien berücksichtigt werden, insbesondere eine Umfrage zu guten Praktiken für die Förderung der Transparenz auf lokaler und regionaler Ebene.

66. Bei dieser Arbeit wird der Kongress einen sektorübergreifenden Ansatz anwenden und andere internationale Organisationen einbinden, u.a. die OECD und spezialisierte Gremien des Europarats (Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO)) und der Europäischen Kommission (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)).

III. Entwicklung der Zusammenarbeit und von Partnerschaften

67. Mit seiner Reform beschloss der Kongress, seine Partnerschaften zu stärken und neue Formen der Kooperation und der Maßnahmen anzunehmen, die sich direkt auf seine statutarischen Zuständigkeiten beziehen. Im Rahmen dieser neuen, zielgerichteten und praktischen Gestaltung wird der Kongress sich auf seine Mitglieder stützen und die mögliche Peer-to-Peer-Arbeit, die sie anbieten. Er wird sich bemühen, praktische Lösungen für konkrete oder sektorübergreifende Probleme zu finden, die während seiner Monitoring- und Wahlbeobachtungstätigkeit identifiziert werden.

68. Er wird außerdem an Programmen und Aktionsplänen mitwirken, die vom Europarat entwickelt werden, indem er spezifisch lokale und regionale Beiträge leistet.

69. Gleichzeitig wird er sich auf die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit und, im Rahmen der Nachbarregionen-Politik des Europarats, auf die Unterstützung der Staaten des südlichen Mittelmeerraums und der östlichen Partnerschaft konzentrieren und außeretatmäßige Mittel für diese Maßnahmen verwenden.

a) Gezielte Kooperation

70. Die kommunalen und regionalen Stellen haben sich zu wichtigen politischen Akteuren der Gestaltung demokratischer politischer Systeme entwickelt. Ihre gewählten Amtsträger

müssen als Vermittler der Demokratie in ihren lokalen Gebieten und Regionen agieren. Die Arbeit des Kongresses wird sich daher vorwiegend mit der Qualität der kommunalen Governance und der Konsolidierung der Reformen in diesem Bereich, die Verbesserung der Führungskapazitäten der lokal gewählten Vertreter und deren Fähigkeit konzentrieren, einen konstruktiven Dialog mit der Zentralregierung und der kommunalen Bevölkerung zu führen.

71. Der Kongress wird im Kontext der Programme und Aktionspläne der Organisation als Ganzes eng mit den verschiedenen Gremien des Europarats kooperieren.

72. Seine Programme werden die Mitgliedstaaten Ukraine, Moldau und jene des südlichen Kaukasus und des Balkans abdecken.

b) Die kommunale und regionale Demokratie in den Nachbarstaaten Europas

73. Der Kongress hat auf seiner 23. Tagung eine EntschlieÙung und eine Empfehlung über „Die Veränderungen in den arabischen Staaten - Chancen für die lokale und regionale Demokratie“ sowie eine EntschlieÙung über „Die neue Nachbarregionen-Politik des Europarats: Die Rolle des Kongresses“ angenommen. Diese Texte befassen sich eingehend mit den Möglichkeiten des Kongresses, zur Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie in den Staaten des südlichen Mittelmeerraums beizutragen, insbesondere Marokko und Tunesien. Angesichts des Vorstehenden hat der Kongress beschlossen, die erforderlichen administrativen und gesetzlichen Schritte zu ergreifen, die ihm ermöglichen werden, einen Sonderstatus „Partner für Demokratie“ zu verabschieden, den er gewählten Vertretern der Kommunen in diesen Nachbarstaaten gewähren kann.

74. Auf der Grundlage dieser Texte und im Lichte des mit diesen Staaten geführten Dialogs wird der Kongress Aktivitäten vorschlagen, die auf eine Förderung der Grundsätze abzielen, die in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und im Referenzrahmen für regionale Demokratie des Europarats festgelegt sind. AuÙeretatmäßige Mittel sollen für diese Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden.

c) Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften

75. Der Kongress verfügt über jahrelange Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit. Das im Mai 2012 in Innsbruck durchgeführte Seminar skizziert den zukünftigen Rahmen für seine Aktivitäten zu diesem Thema.

76. Im Follow-up zu diesem Seminar wird der Governance-Ausschuss 2013 einen Bericht über grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Kapazitätsaufbau, Wissensaustausch und Netzwerkarbeit verfassen und gleichzeitig die Hauptausrichtung dieser zukünftigen Arbeit festlegen.

77. Der Kongress wird sich auch weiterhin für die Umsetzung des Europäischen Rahmenübereinkommens über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und dessen Zusatzprotokolle einsetzen, insbesondere Protokoll Nr. 3, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen EU- und nicht-EU-Gemeinden ermöglicht. Er wird auch seine Gespräche in diesem Bereich mit dem EU-Ausschuss der Regionen fortführen, mit dem er eine aktive Zusammenarbeit etabliert hat.

78. Der Kongress wird auch weiterhin zur Entwicklung verschiedener Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beitragen.

d) Zusammenarbeit mit der Europäischen Union

79. Der Europarat hat in den letzten Jahren seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union intensiviert, insbesondere durch gemeinsame Projekte und Programme. Ein weiterer Beitrag des Kongresses ist das Hinzufügen einer Dimension der lokalen und regionalen Demokratie und Governance.

80. Er wird weiterhin einen regelmäßigen Austausch führen und gemeinsame Aktivitäten mit dem Ausschuss der Regionen im Kontext seiner statutarischen EntschlieÙung, der zwischen dem Europarat und der Europäischen Union unterzeichneten Absichtserklärung und der revidierten Kooperationsvereinbarung mit dem Ausschuss der Regionen von 2009 organisieren. Die Zusammenarbeit wird auf Gegenseitigkeit und Ergänzung basieren und zum Ziel haben, die Bemühungen zu optimieren, die Effizienz sicherzustellen und überflüssige Arbeiten zu vermeiden.

81. Die beiden Institutionen werden ihre jeweiligen Positionen und ihre Tätigkeit bei Fragen von gemeinsamem Interesse mit dem Hauptziel abstimmen, die lokale und regionale Demokratie zu verbessern. Sie werden insbesondere in den Bereichen Beobachtung von Kommunalwahlen, Strafverfolgung und Bekämpfung von Korruption in der lokalen und regionalen Verwaltung kooperieren. Der Kongress wird seine Partnerschaft mit dem Ausschuss der Regionen bekannt machen und sich bemühen, die Wirkung der gemeinsamen Tätigkeit zu erhöhen.

82. Der Kongress wird auch bei der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) eine aktive Rolle spielen, bei der der Kongress einen Beobachterstatus hat. Im Hinblick auf die Europa-Mittelmeer-Kooperation wird der Kongress an der Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) teilnehmen, die vom Ausschuss der Regionen organisiert wird.

83. Schließlich wird der Kongress, aufbauend auf dem Fachwissen der Agentur für Grundrechte in den Bereichen Analyse, Umfragen und Fragebögen, seine Arbeit über Menschenrechtsindikatoren fortführen, die gewählten Vertretern helfen sollen, die politische Maßnahmen im Bereich Menschenrechte durchführen möchten.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates - die Stimme der Städte und Regionen in Europa

Der Kongress ist eine politische Versammlung aus 636 gewählten Repräsentanten (Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, Gemeinderäte usw.), die 200 000 Gebietskörperschaften in 47 Mitgliedstaaten des Europarates vertreten.

- *Er ist das Sprachrohr der Kommunal- und Regionalpolitik Europas.*

Der Kongress fördert Dezentralisierung durch die Übertragung politischer Befugnisse und Finanzmittel an Städte und Regionen.

- *Er achtet auf die Bürgernähe der politischen Entscheidungen.*

Der Kongress garantiert die Teilhabe der Bürger und trägt zu einer positiven Wahrnehmung der lokalen Identität bei.

- *Er setzt sich für eine lebendige lokale und regionale Demokratie in einer immer stärker globalisierten Welt ein.*

Der Kongress stärkt die territoriale Demokratie durch permanente Überwachung der Einhaltung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, durch Beobachtung von Gemeinde- und Regionalwahlen sowie durch Empfehlungen an die Regierungen der 47 Mitgliedstaaten des Europarates.

- *Der Kongress steht für: territoriale Selbstverwaltung, Demokratie und Menschenrechte auf kommunaler Ebene.*

